

DAS GESETZBUCH UNGARNS ÜBER DAS INTERNATIONALE PRIVATRECHT

PROF. DR. FERENC MÁDL

(Juristische Fakultät der Eötvös Loránd
Universität, Budapest)

I. URSACHEN UND VORGESCHICHTE

- 1 – 2. Allgemeine und nähere Gründe, die zur Kodifikation führten.
3. Vorgeschichte des Kodexes.

II. KODEX UND SYSTEM

4. Die kodexartige Regelung
5. Das System des Kodexes

III. GRUNDSÄTZE, ANKNÜPFUNGSGRUNDSÄTZE UND WICHTIGERE INSTITUTE

- 6 – 7. Grundsätze, die die Funktion des Kodexes ausdrücken.
8. Rechtssicherheit und Elastizität – Methamorphose des internationalen Privatrechtes.
9. Wichtigere Institute des Allgemeinen Teiles (Qualifikation, Renvoi, Feststellung des Inhaltes des ausländischen Rechtes, Nichtanwendung des ausländischen Rechtes)
- 10 – 16. Besonderer Teil
- 10 – 11. Personen, Eigentumsrecht, Erbrecht, Familienrecht, Arbeitsrecht
12. Verträge
13. Haftung
14. Verfahrensrecht
15. Immunität
16. Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile.

I. Ursachen und Vorgeschichte

1. Am 1. Juli 1979 trat die Gesetzesverordnung Nr. 13 als erstes Gesetzesbuch Ungarns über das internationale Privatrecht in Kraft. Als in 1959 das Ungarische Zivilgesetzbuch geschaffen wurde, kam es zu keiner Kodifikation des internationalen Privatrechtes. Die Gesetzesverordnung Nr. 11 vom Jahre 1960 über das Inkrafttreten und die Durchführung des Zivilgesetzbuches hat im § 5 ausdrücklich deklariert, daß die neue Kodifikation das frühere – im allgemeinen gewohnheitsrechtliche – Normenmaterial des internationalen Privatrechtes nicht berührt. Das internationale Privatrecht hat also bis zum 1. Juli 1979 in gewohnheitsrechtlicher Form funktioniert.

Wenn wir die Ursachen suchen, ist es gar nicht schwer sie zu finden. Über sie zu sprechen ist auch deswegen interessant, weil es doch merkwürdige Gründe haben muß, daß das internationale Privatrecht, das früher in einem gewohnheitsrechtlichen System lebte, jetzt doch auf geschriebenes Recht umsetzt hat. Und auch deswegen, weil in der internationalen Literatur ziemlich bedeutend die Ansicht vertreten wird, wonach die Aufrechterhaltung der gewohnheitsrechtlichen, bzw. „judge-made“ Regelungsart besonders auf diesem Gebiet begründet wäre. Das hängt wohl zweifellos auch damit zusammen, daß diese Meinung vor allen Dingen in den Staaten vorherrschend ist, deren Rechtssystem auch sonst gewohnheitsrechtlicher Natur ist, so vor allem in den Vereinigten Staaten. Auf ersten Blick könnte es dünken, als wenn dies aus dem Gesichtspunkt des ungarischen internationalen Privatrechtes, bzw. seiner Literatur keinen relevanten Umstand darstellen würde. Das internationale Privatrecht ist aber überall, so auch im sozialistischen ungarischen Rechtssystem derjenige Rechtszweig, der den Rechtsverkehr des Landes mit ausländischen Rechtssystemen am meisten verbindet, das in der Wissenschaft dieses Gebietes noch mehr auf der Hand liegt.

Der Zweifel in bezug der Weisheit der Modifikation erschien am entschiedensten in den Schriften von Ehrenzweig¹, er hält sich aber auch heute ziemlich stark. Die ganz neu geäußerte Meinung von Juenger ist ein sehr bezeichnendes Beispiel dafür, wonach „the wisdom of codifying law in general and conflicts in particular has been doubted by many“.² Die Existenz und das Gewicht dieser Ansichten ist nicht zu beweifeln. Der Satz aber, wonach „der sozialistische Boden und das reichliche Klima in den sozialistischen Ländern für die Befruchtung der Kodifikationsideen besonders günstig ist“ kann strittig sein.³ Nicht den positiven Teil dieser Behauptung betreffend, die nämlich gewiß wahr ist, sondern den anderen, bzw. für die Meinung, die in den, die Kodifikation im Allgemeinen ablehnenden Ansichten zum Ausdruck kommen. Namentlich: wonach die „Neigung“ zur Kodifikation nur für die sozialistischen Staaten bezeichnend und als wenn sie keine allgemeine Erscheinung wäre, im Gegenteil sogar als die „Neigung“ zur Kodifikation irgendein negatives Symptom der Rechtsentwicklung, eine Kinderkrankheit wäre, die die sozialistischen Staaten am schwersten überwinden könnten.

Es ist bekannt, daß die Kodifikation „im allgemeinen die Rolle des geschriebenen Rechts“ sogar im amerikanischen Rechtssystem immer stärker wird. Der Umfang der Gesetzgebung ist vielleicht hier am breitesten. Eine Erscheinungsform dieses Vorganges ist, daß die Vereinigten Staaten heute über einen umfassenden großen Handelskodex (Uniform Commercial Code) verfügen, bzw. daß es zu einer Zusammenfassung des internationalen Privatrechtes in eine Art „kodifiziertes“ System in der Form des „Restatement 2nd of Conflicts Law“ kam; obgleich es keine Rechtsquelle darstellt, spielt es doch im rechtssoziologischen Sinne eine bedeutende rechtsformende Rolle. Dafür aber, daß die *Kodifikation des internationalen Privatrechtes eine allgemeine Erscheinung ist*, bieten nicht nur die in den sozialistischen Staaten vollzogenen Kodifikationen des

Privatrechtes Beispiele, sondern auch zahlreiche Tatsachen in den entwickelten kapitalistischen Staaten. Nicht nur die Haager Abkommen und der einheitliche Kodex der Latein-amerikanischen Staaten, der sogenannte Bustamante Kodex.

Worauf wir in diesem Zusammenhang in erster Reihe hinweisen können, ist der Umstand, daß die Kodifikation des internationalen Privatrechtes in Italien und der Schweiz — wie allgemein bekannt — im Gange ist, in Portugal (1966) und Österreich (1978) beendet wurde, während in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein Vertragsentwurf über das internationale Obligationenrecht fertiggestellt wurde, der berufen ist für einen großen Teil von Europa das internationale Privatrecht dieses Gebietes allgemein kodifiziert zu regeln.

Die Darstellung der konkreten Umstände, die — den inneren Gegebenheiten der Rechtsentwicklung dieser Länder entsprechend — in den einzelnen sozialistischen Staaten zur Verwirklichung der Kodifikation beigetragen haben, würde zu weit führen. Es wäre gleichfalls interessant bei den Argumenten und Gründen verweilen, die der Kodifikation gegenüber das Gewohnheitsrecht, die gerichtliche Rechtssetzung für besser halten. Wir müßten uns von Savigny bis Ehrenzweig mit den Argumenten vieler Autoritäten auseinandersetzen die in bezug der Rechtssysteme und Entwicklungsverhältnisse, unter denen sie erschienen sind, gewiß über einen großen Wahrheitsinhalt verfügen. Dieser „Prozeß“ ist aber genügend gut bekannt. Bei der Darstellung der Kodifikation des ungarischen internationalen Privatrechtes ist jedoch genügend, wenn wir bei der Feststellung dessen bleiben, das auch die obigen Tatsachen gewiß bestätigen können, daß das ungarische Recht mit der Schaffung des Kodexes auch im Zeichen einer im allgemeinen immer stärker werdenden Rechtsentwicklungstendenz einen bedeutenden Fortschritt erzielt hat.

2. Was nunmehr die *näheren Gründe* betrifft, die den ungarischen Gesetzgeber letzten Endes zur Kodifizierung des internationalen Privatrechtes veranlaßt haben — damit ein jahrhundertealtes Gewohnheitsrecht in Rechtsgeschichte umwandelnd — waren die folgenden (von denen mehrere ansonsten zum „Rang“ der Motivierung der Gesetzverordnung erhoben wurden):

a) Der im Rahmen der Entwicklung der friedlichen internationalen Beziehungen immer größer werdende internationale Handels-, Personen- und Vermögensverkehr stellte — wie wir darauf schon hingewiesen haben, — die Kodifikation des internationalen Privatrechtes überall in Europa in den Vordergrund. Die hochgradige Entwicklung des internationalen Handels- und Personenverkehrs hat die Zahl der Rechtsverhältnisse von der Seite des internationalen Privatrechtes betrachtet in großem Maße erhöht, deren Organisierung und Regelung teils durch das System des internationalen Handelsrechtes, teils jedoch durch das Zivilrecht, Arbeitsrecht der innerstaatlichen Rechtssysteme, im Rahmen der persönlichen Verhältnisse durch das Familienrecht, das Recht des geistigen Eigentums und des Verfahrensrechts in breiterem Sinne erfolgt. Zur entsprechenden

Anwendung dieser sind die modernen Normen und Institute des internationalen Privatrechtes nötig.

b) Das zeitgemäß geregelte internationale Privatrecht stellt ein bedeutendes Mittel der auch von Ungarn übernommenen Verpflichtungen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit und der entsprechenden rechtlichen Bedingungen dar, die in dem Schlußakt der Konferenz von Helsinki, bzw. in der Deklaration der VN über die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten formuliert wurden.

c) Die hervorragend starke Außenhandelsorientiertheit, die die Wirtschaft Ungarns kennzeichnet, machte und macht auch heute den Ausbau jener Institute notwendig, die die genannte Außenhandelsorientiertheit im internationalen Wirtschaftsverkehr optimal vermitteln und fördern. In Bezug der RGW-Länder sind für zahlreiche Typen der Verträge Bedingungen und anderer allgemeinen Bedingungen zustande gekommen. Das internationale Privatrecht ist jedoch auch in diesen Beziehungen für die in den Allgemeinen Lieferbedingungen nicht geregelten Fragen notwendig. In unseren Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern der Welt ist aber das moderne internationale Privatrecht zur Zeit das entscheidende, beinahe alleinige vermittelnde, auflösende rechtliche Mittel. Es ist wahrscheinlich kein Zufall, daß der Gemeinsame Markt, wie wir schon früher darauf hingewiesen haben, auf diesem Gebiet durch ein Abkommen gemeinsam kodifiziertes Recht vorbereitet, obgleich er übrigens ein in vieler Hinsicht stark harmonisiertes materielles Recht hat.

d) Einer der allgemeinen Grundsätze des sozialistischen Rechtsdenkens im Bezug der Rechtsentwicklung besteht darin, daß das Recht in einer zugunsten der gegebenen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Ansprüche erfolgten Gesetzgebungen — also kodifiziertes Gesetzesrecht — zu verkörnern ist.

e) Es galt schon sozusagen als ein Prestigeverlust, daß Ungarn keinen modernen Kodex des internationalen Privatrechtes hatte, dessen Mangel besonders durch den Umstand hervorgehoben wurde, daß auch die übrigen möglichen Mittel der gewohnheitsrechtlichen Praxis fehlten (z. B. die regelmäßige Veröffentlichung der leitenden oder charakteristischen Urteile) und die Praxis daher unübersichtlich war, woraus selbstverständlich folgte, daß sie nicht als eine einheitliche Rechtsprechung betrachtet werden konnte. Die andere Konsequenz war die stark problematische Lage der Rechtssicherheit auf diesem Gebiet: man konnte nicht einmal den Rechtssicherheitserwartungen entsprechen, denen die gewohnheitsrechtlichen Normensysteme, die über geeignete Mittel verfügen, im allgemeinen doch entsprechen.

f) Eine Art Mangel der rechtlichen Kultur war auch auf diesem Gebiet stark spürbar, der seine Wirkung auf die juristische Hochschulbildung, sogar auf die Weiterbildung nach der Universität eben nicht in positivem Sinne spüren ließ. Weder der Rechtsunterricht, noch die Rechtsliteratur konnten über das ungarische internationale Privatrecht ein klares und eindeutiges Bild geben. Die ansonsten sehr entwickelte und intensive un-

garische Literatur des internationalen Privatrechtes selbst war nicht imstande den umrissenen tatsächlichen Zustand des internationalen Privatrechtes als nicht-existent darzustellen.

g) Als ein Grund für die jetzt erfolgte Kodifikation wirkte offensichtlich auch der Umstand, obwohl nicht als entscheidend qualifizierbar, daß die ungarischen Juristen viele Energie in die Vorbereitung von wiederholten Kodex-Entwürfen investierten, die wir später noch kurz zusammenfassen werden. Das hat die schnelle Beendigung der Kodifikation am Ende der siebziger Jahre ermöglicht, da deren Notwendigkeit auf allen Ebenen bewußt wurde, und zu den entsprechenden gesetzgeberischen Maßnahmen führte.

3. Das führt schon zur *Vorgeschichte des Kodexes*. (Im wesentlichen stellt auch diese die Gesamtheit von Ursachen und Umständen dar, aber genauer auf die Geburtsbedingungen des Kodexes konzentriert.) Bezüglich der Fragen, die das ungarische internationale Privatrecht neben seiner gewohnheitsrechtlichen Natur in einzelnen Teilgesetzen (z. B. in der familien- und verfahrensrechtlichen Gesetzgebung), sowie mittels völkerrechtlicher Quellen, insbesondere in den Rechtshilfeabkommen funktioniert hat, welche bedeutende literarische Tätigkeit (unter anderen Kodifikation) die Entwicklung des ungarischen internationalen Privatrechtes förderte, können wir hier nur auf die Literatur verweisen.⁴

Die Vorgeschichte der Kodifikation beleuchtet ein wenig auch den inneren Vorgang der sozialistischen ungarischen Rechtsentwicklung im allgemeinen sowie die Entwicklung und Rolle des internationalen Privatrechtes im besonderen. Es lohnt sich daher diese kurz darzulegen.

Dem jetzt in Kraft getretenen Kodex gingen 4 Entwürfe voran.

In den ungarischen Kodifikationsbestrebungen gab es vielleicht kein anderes Beispiel dafür, daß nicht weniger als 4 Entwürfe in 30 Jahren dem schließlich doch geschaffenen entsprechenden Gesetzbuch vorangegangen wären. Obwohl die viel „mitgemachte“ – alte ungarische zivilrechtliche Kodifikation 4 Entwürfe erlebt hat, die an der Krankheit verschiedener geschichtlicher Situationen und im Kampf im wesentlichen gleicher gesellschaftlicher Gegensätze gestorben sind,⁵ hat die sozialistische Rechtsentwicklung solche Erscheinungen im allgemeinen nicht geschaffen. Eine entsprechende rechtsgeschichtliche Analyse könnte die Ursachen feststellen, die in der Kodifikation des internationalen Privatrechtes trotzdem zu diesem Ergebnis führten. Hier kurz soviel. Die sozialistische gesellschaftlich-wirtschaftliche Umgestaltung einerseits, die weitere innere Entwicklung andererseits und dazu die Schaffung der grundlegenden sozialistischen Rechtsinstitute und Kodizes, der Ausbau des gesamten sozialistischen Rechtssystems ließen zu diesem IPR-Kodex nicht genügend Zeit und Energie frei. Der andere Umstand ist offensichtlich, daß die persönlichen und wirtschaftlichen Kontakte im früheren Abschnitt der Entwicklung auf diesem Gebiet keine solche elementare Erfordernisse angezeigt haben, wie die heutigen.

Der erste von den 4 Entwürfen stammte von *István Szász*. Der ist 1948 erschienen, obgleich der Verfasser eine hervorragende Persönlichkeit

in der ungarischen Wissenschaft des internationalen Privatrechtes sein Werk noch in den Jahren vor 1947 geschaffen hat. Der Entwurf ist eigentlich die Zusammenfassung seiner Forschungen, Erfahrungen in einem äußerst ausführlichen Kodex und in dessen Motivierung, den schwereren Problemen der damaligen historischen Entwicklung gegenüber eine Art wissenschaftliche Privatunternehmung, Antizipation der Erfordernisse späterer Jahre, Anbietung der Formen, die für die voraussichtlichen Bedürfnisse in der Stille des Studierzimmers gereift wurden.⁶

Nicht dem Verfasser können Worwürfe gemacht werden daß der Nachkriegszeit-Friede bald in kalten Krieg überging und der Anspruch auf das internationale Privatrecht schon aus diesem Grunde seine Kraft bald und stark einbüßen mußte. In der inneren Rechtsentwicklung wurden die sozialistische Umwandlung des Rechtssystems, der Ausbau der Institute des sozialistischen Zivilrechtes und die Verwirklichung einer materiellen Normenordnung auf die Tagesordnung aufgenommen, ohne die oder vor der die Kodifikation des internationalen Privatrechtes ein wenig die Errichtung eines Daches bedeutet hätte können, unter dem nicht einmal das Gebäude fertig ist.

Nach der Schaffung des 1960 in Kraft getretenen Zivilgesetzbuches kam es bald zu den Vorbereitungsarbeiten der Kodifikation des internationalen Privatrechtes. Das wurde durch zwei Umstände veranlaßt. Einerseits haben sich das ungarische sozialistische Zivilrecht, Familienrecht, Arbeitsrecht und Prozeßrecht — also diejenigen Institute von denen die Regelung des internationalen Privatrechtes ausgehen mußte, bzw. auf die sich letzten Endes diese Regelung zu beziehen hatte, schon entfaltet und nunmehr genügende Energie zur Kodifikation des Kollisionsrechtes freiblieb. Andererseits erschienen die Verhältnisse des internationalen Verkehrs vom Anfang der 60er Jahre in früher nie gesehenem Maße und differenzierter als je zuvor. Für die früheren Jahre konnte die auch in der internationalen Literatur vertretene Annahme gelten, daß die sozialistischen Staaten kein entwickeltes und differenziertes internationales Privatrecht benötigen, nachdem sie mit der Außenwelt relativ beschränkte Verbindungen aufrechterhielten. Mitte der 60er Jahre hörte jedoch diese Situation gänzlich auf. Diese Feststellung, bzw. der Hinweis auf obige Umstände ist auch in den einleitenden Bemerkungen zum *zweiten Entwurf* zu lesen. Dieser zweite Entwurf ist von der Werkstatt der Wissenschaft entsprossen. Die Kodifikationskommission des Instituts für Staats- und Rechtswissenschaften der Ungarischen Wissenschaftlichen Akademie war es, die die Ansprüche der Entwicklung die Notwendigkeit der Kodifikation bewußt gemacht und auch in der Form eines Kodex-Entwurfes in Umlauf brachte.⁷ Es lohnt sich die einleitenden Bemerkungen die der Verfasser des zweiten Entwurfes diesbezüglich machten, hier anzuführen. „Unter den gegebenen Umständen sind die Bedingungen zur Kodifikation des ungarischen internationalen Privatrechtes reif. Der internationale Handels- und Personenverkehr ist mit früheren Zeitabschnitten verglichen äußerst bedeutend geworden. Diese Änderung ist in quantitativer und qualitativer Hinsicht sehr schwerwiegend. Es war diesen Änderungen zu

verdanken, daß man in einer Reihe der sozialistischen Staaten Gesetze über das internationale Privatrecht geschaffen hat — nämlich wo es früher keine solche gab, oder nur Teilregelungen vorhanden waren, bzw. neue geschaffen wurden, wo die früheren Gesetze den modernen Erfordernissen nicht entsprachen. Gleichzeitig wurde auf verschiedenen internationalen Fori — unter anderen mit ungarischer Beteiligung — mit großangelegten Kodifikationsarbeiten begonnen.⁴⁸

Der zweite Entwurf hat mit seinen 11 Kapiteln und 87 relativ kurzen Paragraphen, mit einer Regelung, die umfassend, jedoch nicht zu detailliert die Harmonie zwischen grundsätzlichen Rahmen und dogmatischer Konkretheit zum Ausdruck brachte, in der Literatur, sowie beim für die Kodifikation zuständigen Organ, nämlich im Justizministerium großes Interesse erregt. Das hat nach einer breiteren Diskussion über den Entwurf die Errichtung einer neuen Kommission durch das Justizministerium veranlaßt, die dann den offiziellen Entwurf nach gründlicher Erörterung und Komplettierung verfaßte (der frühere Entwurf war ja das Werk einer wissenschaftlichen Stelle — wenngleich unter Mitwirkung zahlreicher Staatsorgane vorbereitet). Im Rahmen der Kodifikation des ungarischen internationalen Privatrechtes kann dieser Entwurf, der 1970 fertiggestellt wurde als *der dritte Entwurf* betrachtet werden. Wie ausführlich und großangelegt der hinzugefügte beinahe 500-seitige Motivenbericht war, ebenso umfassend und detailliert wurde auch dieser dritte Entwurf verfaßt: seine 131 §-e haben insgesamt 50 Seiten gefüllt.

Diese bedeutenden Kodifikationsbestrebungen sind trotzdem stecken geblieben, d. i. sie haben nicht zur Vollendung geführt. Einer der objektiven Gründe dafür war gewiß das mit dem neuen Wirtschaftsmechanismus notwendig gewordene Kodifikationsprogramm, in dem das ungarische sozialistische Zivilrecht — als Mutterrecht des internationalen Privatrechtes — in eine bedeutende Entwicklungsphase geriet und wesentlich modifiziert wurde, andererseits hat die Verwirklichung dieses Programms so große Energien beansprucht, die Gesetzgebungskörperschaften und staatliche Organe so sehr sehr in Anspruch genommen, daß das internationale Privatrecht wieder in den Hintergrund rückte. Mit der Entfaltung des neuen wirtschaftlichen Mechanismus, darin und dadurch mit dem neuen Zivilgesetzbuch sowie mit den zusätzlichen grundlegenden zivilrechtlichen Kodifikationswerken wurde auch die zweite große Kodifikationswelle des sozialistischen Zivilrechtes in Ungarn beendet. In dieser Lage haben die Vertreter der Wissenschaft mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit der Schaffung eines Kodexes über das internationale Privatrecht betont. Die Argumente und Grundmotive haben wir oben bereits dargelegt. Das Justizministerium hat diese Gründe und Überlegungen zu eigen gemacht und nunmehr beschlossen, daß der Kodex über das internationale Privatrecht im Rahmen des Kodifikationsprogrammes unverzüglich in den Rechtsetzungsplan der Gesetzgebungsorgane einzugliedern sei. Das Justizministerium hat dementsprechend eine aus Fachleute der Theorie und Praxis bestehende Kommission mit der Vorbereitung eines neuen Entwurfes beauftragt, der dann dem

Gesetzgebungsweg übergeben werden kann. Als Grundsätze der Arbeit wurden angegeben: Beibehaltung der Werte früherer Entwürfe, jedoch unter Berücksichtigung der neueren inländischen und internationalen Erfahrungen, Folgerungen, die sich aus den neueren internationalen Verträgen Ungarns ergeben, Lebensnähe, Ökonomie und Klarheit in der Struktur und Fassung. Dieser Entwurf kann in der Geschichte der Kodifikation des ungarischen internationalen Privatrechts als *vierter Entwurf* bezeichnet werden. Der Entwurf war 1978 fertig, und wurde – mit den Bemerkungen der Fachabteilung für internationales Privatrecht des Ungarischen Juristenverbandes sowie der oberen Staatsorgane (Ministerien) bereichert, unter deren entsprechender Berücksichtigung – 1979 dem Präsidialrat der Ungarischen Volksrepublik unterbreitet, der den Kodex am 31. Mai 1979 auf den Rang einer Gesetzesverordnung erhoben hat.

II. Kodex und System

4. Die das ungarische internationale Privatrecht jetzt kodifizierende Rechtsquelle – die erwähnte Gesetzesverordnung Nr. 13 vom Jahr 1979 – nennt sich zwar nicht Gesetzbuch, sie kann jedoch als solches, *als Kodex qualifiziert werden*.

Das wichtigste Merkmal eines Kodexes, daß er einen ganzen gegebenen Rechtszweig umfasst, erhebt die Gesetzesverordnung auf den Rang eines kodexes. Die allgemeinen Regel (Kapitel I, §§ 1–9.) gelten mit ihrer spezifischen Funktion – wie ein mathematischer Koeffizient auf alle Sätze in Klammern – auf das Ganze des Kodexes, alle Rechtsverhältnisse bzw. Rechtsstreitigkeiten die im Regelungsbereich des Kodexes auftauchen. Das ist gleichfalls eine offensichtliche Eigenschaft des Kodex-Charakters. Die allgemeinen Bestimmungen umfassen die bekannten allgemeinen Institute des internationalen Privatrechts: Priorität der internationalen Verträge dem nach inneren Kollisionsrecht anzuwendenden Recht gegenüber (§ 2.), die Qualifikation (§ 3.) Renvoi (§ 4.), Feststellung des Inhaltes des ausländischen Rechts (§ 5.), Reziprozität (§ 6.), Nichtanwendung des ausländischen Rechts, in diesem Kreise Vorbehalt der öffentlichen Ordnung (§ 7.) fraudulöse Anknüpfung (§ 8.).

5. Das *System des Kodexes* erscheint in den einzelnen Kapiteln. Den einleitenden allgemeinen Regeln folgen 10 Kapitel – mit diesen zusammen in 75 Paragraphen. Diese 10 Kapitel umfassen alle wesentlichen Fragen des Kollisionsrechts (des Zivil-, Handels-, Arbeits-, Familienrechts, des Rechts der Geistesschöpfungen), erstrecken sich auf das Verfahrensrecht, die Zuständigkeit, die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile. Diese thematische Vollständigkeit einerseits, die Tiefe der Regelung im Kreise der einzelnen konkreten Normen andererseits deuten darauf hin, daß es sich wirklich um ein umfassendes System, das Gepräge der fraglichen Rechtsquelle betreffend um ein Gesetzbuch, einen Kodex handelt. Die 10 Kapitel sind ansonsten die folgenden: Kapitel II regelt in §§ 10–18 den rechtlichen Status der Menschen, des Staates als international privatrechtliches Rechtssubjekt und der juristischen Personen. Das relativ

kurze Kapitel III hat das Recht der Geistesschöpfungen, das Autorenrecht und das Recht des gewerblichen Rechtsschutzes zum Gegenstand. Kapitel IV regelt in §§ 21–23 das Eigentumsrecht und andere dinglichen Rechte. Im Kapitel V erscheinen die Normen des internationalen Privatrechts in Bezug des Obligationenrechts vor allem der Verträge (§§ 24–31), der Haftung für außervertraglich verursachten Schaden (§§ 32–34) und schließlich der ungerRechtfertigten Bereicherung (§ 35). Kapitel VI bietet in einem einzigen umfangreichen Paragraphen (§ 36) sämtliche kollisionsrechtliche Regel des Erbrechts. Eines der größten Kapitel ist das über das Familienrecht. Kapitel VII regelt folgende Fragen: die Ehe und deren Gültigkeit (§§ 37–38), persönliche und Vermögensverhältnisse der Ehegatten (§ 39), Ehescheidung (§§ 40–41), Personenstand der Kinder (§ 42), Adoption (§§ 43–44), Rechtsverhältnisse zwischen Eltern und Kindern (§ 45), Anwendung des für das Kind günstigeren Rechts (in diesem Paragraphen gibt der Gesetzgeber eine bedeutende Wahlmöglichkeit in die Hand des Richters, namentlich daß er das ungarische Recht anwenden darf, wenn es für das Kind günstiger ist — § 46), Verwandtenunterhalt (§ 47), Vormundschaft und Pflegschaft (§§ 48–49), schließlich ein kurzer aber wichtiger Paragraph, der die sogenannte einstweilige Verfügung regelt, d. i. die Situation, da im Interesse der Unterbringung, des Unterhalts oder der Fürsorge eines in Ungarn wohnhaften Ausländers eine Maßnahme notwendig ist, die keinen Aufschub duldet, wofür das ungarische Recht anzuwenden ist. Kapitel VIII ist dem Arbeitsrecht gewidmet (§§ 51–53). Ein wieder umfangreiches Kapitel ist das die Fragen der Zuständigkeit regelnde Kapitel IX, das in §§ 54–62 die allgemeine Regel der Zuständigkeit der ungarischen Organe, die ausschließliche Zuständigkeit das Problem der ausgeschlossenen Zuständigkeit, sowie Ausbedingung der Zuständigkeit zum Gegenstand hat. Kapitel X beinhaltet die verfahrensrechtlichen Bestimmungen (§§ 63–69). Kapitel XI, das letzte Kapitel des Kodexes regelt die Anerkennung und Vollstreckung der ausländischen Urteile (§§ 70–74).

Die erwähnten Kapitel des Kodexes schließen die Schlußbestimmungen mit einem einzigen bedeutenden Paragraphen ab. Diese erstrecken sich — außer des Inkrafttretens der Gesetzesverordnung und anderer (die alten Rechtsnormen außer Kraft setzenden) Bestimmungen auf eine wesentliche Frage in Bezug des Inkrafttretens und der nach dem Kodex zu beurteilenden Rechtsverhältnisse. Im § 75, Abs. 2 wird nämlich erklärt, daß die Bestimmungen des Gesetzbuches auch auf die Rechtssachen anzuwenden sind, die aus vor dem Inkrafttreten zustande gekommenen Rechtsverhältnissen entstanden sind. Abs. 3 geht noch weiter: es wird eine eindeutige Beurteilung der ausländischen Entscheidungen für den Fall geschaffen, wenn diese vor dem Inkrafttreten des Gesetzbuches getroffen wurden. Diese sind demnach auch dann anzuerkennen, wenn das Problem der Anerkennung nach diesem Zeitpunkt aufgetaucht ist; Ausnahme bildet der Fall, wenn ein ungarisches Gericht oder Behörde in derselben Rechtssache schon früher entschieden hat; da kann natürlich die ausländische Entscheidung nicht anerkannt werden.

III. Grundsätze, Anknüpfungsgrundsätze und wichtigere Institute

6. Von den Grundsätzen möchte ich hier drei hervorheben. Einer ist eigentlich der prinzipielle Inhalt der Funktion des Kodexes, der andere die Gleichwertigkeit der Rechtssysteme, der dritte — der hauptsächlich vom vorherigen folgt — der Kodifikationsgrundsatz oder die Anschauung, in dem, bzw. in der die funktionsbedingte Regelung letztlich erscheint.

In Bezug der *Funktion* des Kodexes wird im § 1 „die Entwicklung der friedlichen internationalen Beziehungen“ an die erste und bestimmende Stelle gesetzt. Das folgt aus dem oben schon erwähnten Anspruch, wonach das Recht der großen internationalen, wirtschaftlichen und persönlichen Kontakte umfassenden Revolution dienen soll. Auf Grund der universellen Erfahrung der Gesellschafts- und Rechtsentwicklung ist das nur durch die grundsätzliche und praktische Anerkennung und im System von modern konzipierten Kollisionsnormen vermittelte Anwendung der Rechte der durch die internationalen Rechtsverhältnisse berührten Staaten durch inländische Organe möglich. *Die Entwicklung der friedlichen internationalen Beziehungen, die friedliche Koexistenz und Kooperation* — wie Lajos Vékás mit Recht feststellt — „die jahrhundertalte Bestrebung des internationalen Privatrechts, den Interessen anderer Staaten Anerkennung und Ehre zu gewähren, ist heute in eine neue eigenartige Beleuchtung geraten. Sie bekam nicht nur eine wohlklingende Benennung, sondern ihre Verwirklichung ist heute vielmehr ein elementares Interesse der Menschheit als je zuvor.“⁹ Das ist die jeweilige Erscheinung der Konzeption, die in der Entwicklungsgeschichte des internationalen Privatrechts im XVII Jahrhundert durch Voet formuliert wurde, als er über die Ratio dieses Rechtsgebietes dissertierte, und die Lehre der *comitas* ausarbeitete: daß nämlich der Staat eines Forums ein anderes Statut (nicht seine eigene rechtliche Regelung) aus Schätzung und Höflichkeit dem anderen Staat gegenüber (aus dieser gewissen *comitas*) anwendet¹⁰. Nach den Statutisten hat Savigny dasselbe „freundliche Zulassung“ genannt. Obwohl anders klingend, jedoch in demselben Sinne kommt dies bei heutigen Verfassern zum Ausdruck: in der „internationalen Zusammenarbeit“ von Eck, in der „Erweiterung des Internationalismus“ von Kahn-Freund, in den von Vitta empfohlenen Sätzen, wonach die Rechte und Fori gleich sind, oder in der Ansicht von Schmitthoff, wonach auch unveräußerliche ausländische Rechte existieren und geschützt werden müssen oder — die Koexistenz in der Anschauung der sozialistischen Verfasser, die quasi zu einem allgemeinen Kollisionsprinzip erhoben wird — und die, als Bestrebung der sozialistischen Rechtsliteratur auch bei westlichen Autoren mit Anerkennung betont wird.¹¹

Aus den Gesagten geht klar hervor, daß das ungarische Gesetzbuch über das internationale Privatrecht den Grundsatz der Entwicklung der internationalen Beziehungen, der friedlichen Koexistenz und der Zusammenarbeit nicht nur zum Dienste der heutigen Verkehrsansprüche zum Leitprinzip erhoben hat, sondern damit auch diese Hauptströmung der überlieferten Wertordnung des internationalen Privatrechts weiter verstärkt.

7. In engem Zusammenhang mit den obigen muß erwähnt werden, daß der Kodex dadurch, daß der Weg dem traditionellen Prinzip des internationalen Privatrechts entsprechend vor der Anwendung der ausländischen Rechtsnormen in Bezug der (ausländische Elemente beinhaltenden) Tatbestände im allgemeinen geöffnet wird, darin die *Gleichwertigkeit der nationalen Rechte (Rechtssysteme)*, also den Grundsatz der modernen comitas, quasi neo-comitas zum Ausdruck bringt.

Die Gleichwertigkeit der Rechtssysteme der Staaten wird im Gesetzbuch in mehreren Zusammenhängen betont, es wird sogar hervorgehoben, daß diese unter den Staaten ungeachtet dessen besteht, daß ihre gesellschaftliche Systeme verschieden sind. Diesem Prinzip entspricht die wichtige Bestimmung im § 6, Abs. 2 wonach „die Anwendung eines ausländischen Rechtes aus dem Grunde an sich nicht abgelehnt werden kann, daß das gesellschaftlich-wirtschaftliche System des ausländischen Staates von dem Ungarns abweicht“. Diese Bestimmung erscheint ansonsten im Kreise der *Nichtanwendung* ausländischer Rechte im Kodex, namentlich nach der Regel des *Vorbehalts der öffentlichen Ordnung*, womit der Ausnahme-charakter der Anwendung der Vorbehaltsklausel betont wird, und jedenfalls der Umstand, daß das abweichende Gesellschaftssystem allein nicht zur Ablehnung des ausländischen Rechts führen kann. Es ist offensichtlich, daß diese Regel den unentbehrlichen Grundsatz, sogar die Grundlage der internationalen privatrechtlichen Beziehungen der Länder verschiedenen gesellschaftlichen Systems, überhaupt des internationalen Handels- und Personenverkehrs darstellt. Von demselben Ursprung ist eigentlich im Kodex die Regelung der *Gegenseitigkeit*, wonach „die Anwendung des ausländischen Rechts — mangels abweichender gesetzlicher Regelung — von der Gegenseitigkeit nicht abhängt“ (§ 6). Diese Regel wird durch Abs. 2 des gleichen Paragraphen noch weiter verstärkt; wenn nämlich eine Rechtsnorm die Anwendung eines ausländischen Rechts von der Reziprozität abhängig macht, muß letztere bis zum Beweis des Gegenteils als bestehend betrachtet werden.

In diesem Kreise ist es vielleicht interessant darauf hinzuweisen, daß der Kodex auf irgendeine ausdrückliche Regelung der Anwendung der *Retorsion* verzichtet hat. Dahinter steckt die Absicht, die Offenheit nach außen, dieses Erfordernis der Zusammenarbeit in den internationalen Beziehungen, oder ihre erwünschte Atmosphäre — wie wir auch immer formulieren — zu verstärken. Diese Bestrebung kommt im Kapitel über die Anerkennung ausländischer gerichtlicher und behördlicher Entscheidungen zum Ausdruck, in dem der ungarische Gesetzgeber weitgehende Garantien für die Geltung und Vollstreckung ausländischer Urteile und Entscheidungen gewährt. Eine eigenartige Neuigkeit darin ist auch, daß Ehescheidungsurteile ausländischer Gerichte, die ungarische Staatsbürger betreffen, und die früher in Ungarn nicht anzuerkennen waren, nunmehr nach dem Kodex als auch in Ungarn gültig anerkannt werden (§ 71).

Hier haben wir schließlich die *inländische vermögensrechtliche Rechtsfähigkeit, Erwerbsfähigkeit, den diesbezüglichen rechtlichen Status von ausländischen Staatsbürgern und Heimatlosen* zu erwähnen. Es muß betont

werden, daß der neue Kodex in dieser Hinsicht — ansonsten der früheren Praxis entsprechend — weitgehend das Prinzip des *régime national* als Grundlage verwendet. Diese Gleichstellung von Ausländern und Heimatlosen wird im § 15 formuliert: „Auf die Rechtsfähigkeit und Handlungsfähigkeit, ferner Personen- und Vermögensrechte sowie Verpflichtungen eines ausländischen Staatsbürgers oder eines Staatslosen — wenn die Rechtsnorm keine abweichende Regelung beinhaltet — sind dieselben Regel anzuwenden, wie auf die Inländer“. Die Bedingung „wenn die Rechtsnorm keine abweichende Regelung beinhaltet“ beabsichtigt keinesfalls den Weg von einschränkenden Bestimmungen, irgendwelchen diskriminierenden Maßnahmen oder Retorsionen anzubahnen, für diese ein feingeschnittes Tor zu öffnen. Tatsächlich handelt es sich darum, daß das Hauptprinzip des persönlichen rechtlichen Status der nichtungarischen Staatsbürger im Kodex selbst im allgemeinen die Anwendung des Rechts der eigenen Staatsbürgerschaft der betroffenen Staatsbürger, die sogenannte *lex patriae*, also nicht die des ungarischen Rechts ist. Wenn wir auf Grund des früher angeführten § 15 auf das Personalstatut jedes ausländischen Staatsbürgers oder Heimatlosen einfach nur die ungarischen Rechtsnormen anwenden würden, wäre das mit der Liquidierung der erwähnten Funktion des internationalen Privatrechts gleichbedeutend. Hier handelt es sich in der Tat um eine Art Minimalgarantie, ob es um Rechtsfähigkeit, ob um Handlungsfähigkeit oder Personen- und Vermögensrechte, bzw. ihre Verpflichtungen geht. In diesen Problemkreis gehört auch das allgemeine Erfordernis, daß die ausländischen Staatsbürger im allgemeinen *dieselbe* zivilrechtliche Erwerbsfähigkeit haben, wie die *Inländer*. Diese Regel wünscht ferner auch zum Ausdruck bringen, daß in dem Falle, wenn im Sinne des Kodexes in irgendeiner konkreten Frage letzten Endes das ungarische Recht anzuwenden ist, sind dieselben Rechtsnormen maßgebend für die Entscheidung des Falles die anzuwenden wären, wenn kein ausländisches Element im Rechtsverhältnis vorhanden wäre, also die im allgemeinen geltenden relevanten inländischen Normen Ungarns. Es kann so dünken, als wenn die ungarischen Normen in diesem Kreise in positiv-begünstigender Weise in den Vordergrund gestellt wären. Ich habe diese Regelung nur deswegen hervorgehoben, weil ich die Gleichberechtigung der Ausländer auf diesem Rechtsgebiet un Ungarn betonen wollte, und zwar wieder auf den Problemkreis orientiert, den wir in diesem Punkt erörtern, namentlich auf die Gleichheit und die Gleichberechtigung der Rechtssysteme der Staaten. Das *régime national* kommt natürlich auch in vielen anderen Paragraphen des Kodexes vor, so zum Beispiel im § 64 in Bezug der Prozeßfähigkeit, oder in den weiteren Absätzen des schon angeführten Paragraphen 15 die allgemeine Handlungsfähigkeit der Ausländer betreffend (diese Bestimmungen erklären, daß der Ausländer nach ungarischem Recht und vor ungarischen *Fori* in Bezug seiner Geschäfte auch in dem Falle für handlungsfähig erklärt werden kann, wenn er in seinem eigenen Lande nach seinem Recht noch nicht handlungsfähig wäre, jedoch im Sinne des ungarischen Rechts die gegebene Person schon über Handlungsfähigkeit verfügt).

8. Die eigenartige Dialektik und den kreativen Antagonismus der Verflechtung von Funktion und Grundsätzen birgt die *Rechtssicherheit* und als Pfand der *materiellrechtlichen Wertorientiertheit der Regelung (der Kodifikation)*, die *Elastizität in sich*.

a) Ein großer Verdienst des Kodexes ist — wie früher schon betont wurde — daß er durch seine bloße Existenz eine *kultivierte Rechtspflege* ermöglicht und fördert. Der Kodex schreibt dem Richter jene gewisse jeweilige *comitas* vor: er soll auf das ausländische Element des Tatbestandes bedacht sein, durch dessen Vermittlung und auf Grund der darauf gebauten ungarischen Kollisionsnorm er die materiellrechtliche Bestimmung des ausländischen Staates zu berücksichtigen, und dieser auf dem ungarischen Forum Geltung zu geben hat. Der Kodex hat durch seine Existenz ein großes dogmatisches Gewicht geschaffen: durch seine eingehende und umfassende Regelung, durch das öfters eindrucksvoll, teilweise vielleicht zu sehr „geschulte“ System der allgemeinen und besonderen Teile, durch die Aufeinandergeschlossenheit seiner Grundsätze und Institute, deren engen Zusammenhang, mit allem, womit die Kodifikation auch auf dem Gebiet des internationalen Privatrechts die *Rechtssicherheit* erreichen wollte. Es ist unstrittig, daß der Gesetzgeber mit der Eindeutigkeit und der strengen Kibernetik der Anknüpfungsgrundsätze — soweit es überhaupt möglich war — auch vom Werte der *Voraussehbarkeit* das meiste bieten wollte. Er hat den Satz bewußt weitergeführt, beziehungsweise auch im internationalen Privatrecht verwirklicht, den in Bezug dieses Rechtszweiges István Szász — einen kodifikatorischen Hauptgrundsatz seines beinahe anderthalb hundert Paragraphen umfassendes Entwurfes weiterentwickelnd und verallgemeinernd — formuliert hat: „Eine Hauptbestrebung des Gesetzgebers in den sozialistischen Ländern auf dem Gebiet des internationalen Privatrechts stellt die Gewährung der Rechtssicherheit in internationalem Ausmasse dar. Die erste Bedingung hiefür ist die Schaffung von festen und klaren Normen des internationalen Privatrechts.“¹² Das ist wohl auch im allgemeinen der Grundsatz aller kodifizierten Rechte, auch die sozialistischen Rechte inbegriffen.

b) Es wird aber erst jetzt richtig bewußt, wie weit diese Bestrebung im internationalen Privatrecht verwirklicht werden kann. Ob die positivrechtliche Verehrung des Kollisionsbefehls — wie eindeutig auch immer dieser formuliert sei — in der eigenartigen Normenstruktur des internationalen Privatrechts und bei dessen spezifischen Regelungsmethoden, da eine im voraus unbekannte Zahl der möglichen Kollisionen mitspielen kann — also bei einer hochgradigen Eventualität der in den Fällen des internationalen Privatrechts tatsächlich berührten Rechtssysteme — immer Voraussehbarkeit, Rechtssicherheit bedeutet? Hier taucht der große Problemkreis auf, der in der *modernen Literatur des Internationalen Privatrechts zu einer gewissen Revolution, zu einer Metamorphose des internationalen Privatrechts*, zur dessen Neuorientierung führte.

Worum handelt es sich hier? Darum, daß der Gesetzgeber dem Wesen des internationalen Privatrechts entsprechend seine Forein in der Tat durch diesen Zweig des Rechtssystems von der Verpflichtung enthebt

(mit dem schon erörterten Zweck: Entwicklung der internationalen Beziehungen, neo-comitas usw.) sein Recht anzuwenden, sogar erwartet er von ihnen ausdrücklich, daß sie, den entsprechenden Bestimmungen nach, ein ausländisches Recht anwenden. Es handelt sich ferner darum, daß die Normordnung dieser Enthörung, zufolge der früher erwähnten Wertordnung, der Eventualität des kibernetischen Normenkomplexes der verschiedenen leges und der Rechtssystemkollisionen letzten Endes in Bezug ihres gesellschaftlichen Wertinhaltes, d. i. der materiellrechtlichen Lösung der gegebenen Rechtsverhältnisse bedeutend leer, werturteilfrei ist, es gibt darin keine materiellrechtliche Gerechtigkeit (justness), wie das in der internationalen Literatur formuliert wird. Im Interesse der mechanischen Transponierung der allgemeinen Funktionen des Rechts — der Rechtssicherheit und Voraussehbarkeit — wird hier doch eine Regelung vorherrschend, die zu sehr detailliert, ausschließlich eine Lösung ermöglicht, also mit ihrer Eindeutigkeit im internationalen Privatrecht eher als zu starr betrachtet werden kann. In anderen Rechtszweigen kann diese Regelung wirklich objektiv geeignet sein die Rechtssicherheit und Voraussehbarkeit zu fördern, hier aber kann die ähnliche Methode nur auf der Ebene einer materiellrechtlich werturteilermer, oder völlig werturteilfreier Form ähnliche Ergebnisse erzielen. Daraus entsteht dann der dogmatische Virus, das leere kybernetische Spiel, oder das Glasperlenspiel der wandelnden Komposition der Anknüpfungsgrundsätze vieler Art, wie es in der internationalen Literatur in kritisch gefärbten Feststellungen zu lesen ist. Darauf kam dann die Reaktion, jene gewisse, schon erwähnte Revolution, Metamorphose bzw. Neuorientierung im internationalen Privatrecht. Nämlich daß den Richter, den Gesetzgeber und einen jeden der im Rahmen des internationalen Privatrechts ein wirkliches Lebensverhältnis sieht und zur besseren Lösung helfen will, *letzten Endes eines interessiert: was wird am Ende der materiellrechtliche Wert sein?* Was für eine materiellrechtliche Wertordnung, welcher Gerechtigkeitsinhalt verwirklicht wird? Dieses und nicht die dogmatische Selbstbewegung der vermittelnden Kollisionsnormen — ihre Geschlossenheit, formelles Rechtssicherheitsversprechen — ist das Wesentliche!

Im Zeichen dieser Gedanken — oder eben in der erwähnten Revolution — ist die *Forum-Theorie von Ehrenzweig entstanden*, die auf die Wertordnung des Forums ein großes Gewicht legt, da sie für die nicht geregelten Fragen eine zeitgemäße Kollisionsnorm sucht. (Wir müssen betonen, daß Ehrenzweigs Forum-Theorie von vielen mißverstanden wurde, da man ihr zuschrieb, daß er um jeden Preis das Forum in den Vordergrund setzt — gegen seine eigene Formulierung: „Sofern irgendeine positive Kollisionsnorm nicht die Anwendung einer ausländischen Rechtsnorm verlangt, hat man die Entscheidung auf die bewußte de lege lata Auslegung der Heimatnorm, d. i. der Forum-Norm gründen, die eine der Parteien ablehnen würde, wenn nämlich die Parteien übereinstimmend die Anwendung der Heimatnorm wünschen, hört das Problem auf Problem zu sein. Wenn diese Auslegung weder zur Zurückweisung der Klage noch zur Anwendung der ausländischen Norm führt, soll man — ein richtig ge-

wähltes und verfahrenes Forum voraussetzend – das Recht des Forums als eine grundlegende, beziehungsweise wie ich sie nennen würde, als letzte Zufluchtsnorm anwenden“). Auf jeden Fall gilt es für diese Forumanschauung, daß die Auslegung der berührten *de lege lata*-Norm die Achse der ganzen Sache bildet. Des näheren die theoretische Deklaration dessen, daß das Forum alles letzten Endes – zwar in dem gegebenen, abgegrenzten Kreis – nach seiner eigenen rechtlichen und moralischen Wertordnung entscheidet, und verleiht dieser Entscheidungsweise diesen oder jene schönen Namen, konstruiert rings herum eine beliebige Theorie, wodurch es die gesuchte materiellrechtliche Gerechtigkeit auch nach dem internationalen Privatrecht postuliert, die nämlich durch das Forum materiellrechtliche Gerechtigkeit genannt wird. Das wird wahrscheinlich meistens das Recht des Forums sein, jedoch nicht unbedingt.

Ein Zeichen der fraglichen Metamorphose ist die sogenannte Lehre des *besseren Rechts* (*better law*), die im konkreten Rechtsverhältnis beziehungsweise im Rechtsstreit diejenige Kollisionsnorm zu konstruieren bestrebt ist, die die bessere Lösung, natürlich die bessere materiellrechtliche Lösung preferiert. Natürlich so, daß wenigstens ein Element des Rechtsverhältnisses die Anwendung desjenigen kollisionsrechtlichen Anknüpfungsgrundsatzes ermöglicht, der zum besseren Recht, zur besseren materiellrechtlichen Lösung führt. Wie es auch immer erfolgt, ist es eine materiellrechtliche wertungsorientierte Konzeption des internationalen Rechts. Noch mehr gilt es für die Theorie des transnationalen Rechts.

Die *Theorie des transnationalen Rechts* in ihrer extremen Form empfehlte sogar dem Richter eine metajuristische Freiheit. Gibt es hinsichtlich einer konkreten Rechtssache, die in einer konkreten Relation auftaucht, einen geregelten kollisionsrechtlichen Befehl oder gibt es ihn nicht, das muß den Richter nicht stören, er soll die materiellrechtlichen Normen der im Rechtsverhältnis berührten Systeme, die durch die gegebenen Rechtssysteme formulierte materiellrechtliche Wertordnung berücksichtigen, und von diesen irgendeine Gerechte – wertbeständig qualifizierbare – Norm schaffen, quasi einen goldenen Mittelweg, eine überbrückende Lösung, eine aus den zwei berührten Rechtssystemen sich nähernde sogenannte Zweirechte – oder binominale – Norm.¹³

Diese auf innere rechtliche Wertordnung orientierte Konzeption des internationalen Privatrechts hat ihre markanteste Formulierung in dem Spanierfall, der in der internationalen Literatur weit und breit angeführt wird. Die Gerichte der Bundesrepublik die im Zeichen der strengen Verehrung der Dogmatik des internationalen Privatrechts in den Fällen internationalen Charakters vorgehen, haben – die obersten Instanzen inbegriffen – zum Beispiel wiederholt verkündet, daß ledige (nie früher verheiratete, also nicht geschiedene) spanische Staatsbürger mit geschiedenen deutschen Damen keine Ehe schließen dürfen. Die Begründung lautete durchgehendes so, daß der ausländische Partner, in diesem Falle der Spanier ehefähig sein muß. Das ist aber andererseits nach dem Heimatrecht, also nach spanischem Recht zu beurteilen. In dieser Hinsicht bestand das spanische Recht darin, daß eine Vorbedingung der Ehesfähigkeit des

spanischen Staatsbürgers die Ehefähigkeit des ausländischen Ehepartners ist, also in unserem Falle daß die deutsche Braut ehefähig ist. Nachdem bei der Beurteilung des Falles das spanische Recht die Ehescheidung nicht anerkannte, verfügte die geschiedene deutsche Dame über keine Ehefähigkeit, und damit konnte auch der spanische Partner nicht als ehefähiges Subjekt qualifiziert werden, obgleich er nie in einer Ehe lebte. Zu diesem Ergebnis führte also die auch in der deutschen Literatur oft erwähnte dogmatische Starrheit, der dogmatische Virus in einem Lande – wie die Bundesrepublik – in dem die Ehescheidung als ein verfassungsmäßiges Grundrecht gilt. Eine Zeit lang führte diese Praxis dazu, daß es zu solchen Eheschließungen außerhalb der Bundesrepublik kam, bis die Sache vor das deutsche Verfassungsgericht kam, das in seinem oft zitierten, erwähnten Urteil die Auffallen erregende These geltend machte: die Vorschriften des deutschen internationalen Privatrechts und die Anwendung des durch sie berufenen ausländischen Rechts Arm Einzelfall an den Grundrechten zu messen.¹⁴ Diese Qualitätskontrolle des internationalen Privatrechts nach der inneren materiellrechtlichen Wertordnung wurde zweifellos in dieser These am klarsten und eindeutigsten formuliert. Es handelte sich hier nicht darum, daß das Forum die Vorbehaltsklausel zur Ausschließung – Ablehnung der ausländischen Norm verwenden würde. Es ging um viel mehr: um das Verhältnis der aus der Dogmatik der Normen des internationalen Privatrechts folgenden Lösungen, und der grundlegenden Prinzipien der nationalen Rechtssysteme, konkret darum, daß die letzteren in diesem Verhältnis Priorität genießen müßten beziehungsweise müssen.

Es würde zu weit führen, wenn wir die in dem Spanierfall formulierte These, beziehungsweise die früher erwähnten Konzeptionen in ihren Einzelheiten weiter analysieren wollten. Eine oder andere stellt offensichtlich die extreme Form derjenigen Tendenz dar, in der die Praxis des internationalen Privatrechts und die Literatur die Auflösung des schon erwähnten Widerspruches zwischen der aus der dogmatischen Eindeutigkeit folgenden Eventualität und der Einstellung auf die materiellrechtliche Wertorientiertheit. Die Hauptfrage von der Seite des internationalen Privatrechts ist offensichtlich, wie weit das internationale Privatrecht selbst – zufolge seiner Regelungsart und seiner eigenartigen Mittel – zur Verminderung dieses Widerspruches geeignet ist, wenn nicht eben zur dessen Aufhebung. Ohne hier die ausführliche Analyse dieser Frage einzugehen – wofür wir ansonsten auf eine intensive Literatur hinweisen können¹⁵ – die Hauptprobleme können wir wie folgt beantworten.

aa) Neben der Durchsetzung der dogmatischen Werte des internationalen Privatrechts handelt es sich nicht um eine auf allen Gebieten gleichmäßige Eventualität. Diese ist auf dem Gebiet des Obligationenrechts größer (sowohl in den Fragen der Verträge, wie der außervertraglichen Haftung); hier können nämlich die Kollisionsnormen vieler Art, und die ebenso vielartige Kollisionvariationen bei der eindeutigsten Kollisionsnorm – was das tatsächliche Endergebnis betrifft – zur starken Geltung der Eventualität führen. Schon kleiner ist aber die Möglichkeit der Even-

tualität im Bereich der Rechtsstellung der Personen, wo einerseits zwei Anknüpfungsgrundsätze vorherrschen, nämlich die *lex patriae* und die *lex domicilii*, andererseits zahlreiche internationale Abkommen eine einheitlichere materiellrechtliche Praxis gewähren. (Die Rechtsvereinheitlichung berührt solche Fragen, wie die Gleichheit der Rechtsfähigkeit, zahlreiche Abkommen im Kreise des Familienrechts, auch in Bezug der juristischen Personen zum Beispiel die Haager Abkommen oder die in gewissen Rechtshilfeabkommen aufgenommenen Bestimmungen über die Beurteilung der juristischen Personen.)

bb) Freilich, ist ein gewisser Grad der materiellrechtlichen Eventualität auf jeden Fall vorhanden. Deren Verminderung kann fördern, wenn man die Kollisionsnorm möglichst auf die mögliche rechtsvergleichende Synthese der materiellrechtlichen Wertordnungen baut. Es ist deshalb zweckmäßig bei der Schaffung der Kollisionsnormen diese Methode anzuwenden. Diejenige Kollisionsnorm, die im Voraus damit rechnet, welche wichtigere materiellrechtliche Wertordnungen durch ihre Anwendung zu Wort kommen, teilt offensichtlich auf einer minimalen Ebene das Wesen und wichtigere Elemente dieser Wertordnungen, sie formuliert ja ihre Verweisungsnorm unter Berücksichtigung dieser Elemente. Die Kollisionsnorm, die auf die Synthese der materiellrechtlichen Lösungen gebaut wird, ist daher auch an sich bedeutend wertorientiert.

cc) Ein weiteres bedeutendes Mittel der Auflösung des Widerspruches kann in den folgenden bestehen. Im allgemeinen besonders aber auf den Gebieten, wo die Voraussehbarkeit und die Kogenz kein so sehr begründeter Anspruch ist (wie zum Beispiel im Obligationenrecht, wo die Dispositivität auch in materiellrechtlichen Zusammenhängen in bedeutendem Maße vorherrscht, wo also der Gesetzgeber die materiellrechtliche Lösung nicht im Voraus bestimmen will, sondern dies nur akzessorisch für den Fall tut, wenn die Parteien keine andere Vereinbarung getroffen haben). Auf diesen Gebieten soll also der Gesetzgeber bestrebt sein, entsprechende allgemeine Institute (*Renvoi*, Qualifikation, günstigeres Recht, Grundsatz der stärksten Beziehung u. s. w.) sowie elastische Anknüpfungsgrundsätze auszuarbeiten, und ein differenziertes System von diesen einzusetzen. In entsprechenden konkreten Fällen und in einem solchen Regelungsbereich ist nicht einmal die sogenannte Forumanschauung als ein verteufteltes Ding zu beurteilen, wie es sich sowohl in der sozialistischen wie im nicht-sozialistischen internationalen Privatrecht auch widerspiegelt. Bei der Zusammenfassung dieser These handelt es sich also darum, daß der Gesetzgeber dem Richter erlauben soll, was er tun nicht Imstande ist: den Wesenspunkt der individuellen und allgemeinen Gesichtspunkte in den Zusammenhängen des konkreten Falles zu behaupten, damit das richterliche Gerechtigkeitssuchen das internationale Privatrecht im Zeichen der materiellrechtlichen Anschauung konkretisiere, und so die Lücken fülle, die geschriebene kollisionsrechtliche Norm interpretiere. Wenn der Gesetzgeber zu starr ist, nur solche Kollisionsnormen anwendet, die nur diese oder nur jene Lösung ermöglichen, erschwert er seine Hauptaufgabe: er selbst kann ja in der Eventualität ohnehin nicht alles voraussehen, und

so wird er auch den Richter an der Bestrebung hindern, solche Lösungen zu suchen, die der Wertordnung von ihr beiden am meisten entsprechen.

Es ist sicher, daß die obige Konzeption zu verwirklichen keine leichte Aufgabe ist. Es handelt sich dem Anschein nach um eine widerspruchsvolle Sache. Einerseits, daß das Wesen des internationalen Privatrechts im „Hereinlassen“, die Anwendung des ausländischen Rechts vor den inländischen Foren besteht. Andererseits, daß es eine allgemeine Auffassung ist, wonach das Streben nach einer ausführlichen und mehr vollendeten Regelung die Voraussehbarkeit und die Rechtssicherheit im Recht fördert. Drittens, das dies im internationalen Privatrecht nur formell verwirklicht werden kann. Viertens, daß die Anschauung des internationalen Privatrechts, die die Vorteile der materiellrechtlichen Rechtssicherheit und Wertorientierung sucht, das oben zum ersten erwähnte Element, dadurch das Wesen des internationalen Privatrechts selbst fraglich machen kann, wenn wir die materiellrechtliche Wertorientiertheit überspannen.

Ein logischer und zugleich inhaltlich widerspruchloser Ausweg von dieser Situation ist kaum möglich. Solange es keine Rechtseinheit auf dem ganzen fraglichen Gebiet in Bezug jedes möglichen Landes gibt – und es wird gewiß sehr lange keine geben – besteht kein anderer Ausweg als der goldene Mittelweg in der Verwirklichung der unter a) – c) erwähnten Grundsätze. Man sollte jedoch sich nicht allzu sehr fürchten, daß die im Zeichen der materiellrechtlichen Wertorientiertheit angewandten kollisionsrechtlichen Mittel, solange man diese nicht übertreibt, die Funktion des internationalen Privatrechts einschränkt oder fraglich macht. Man pflegt meistens die Forumanschauung beschuldigen, daß sie eigentlich der Liquidierung des internationalen Privatrechts gleichkommt. Die Forcierung des Forums ist es, die die Funktion des internationalen Privatrechts unwirksam macht, wodurch die Anwendung eines ausländischen Rechts möglich wird. Selbst von dieser Forumanschauung konnte *Rabel* trotzdem mit Recht schreiben: „Die künstliche Ausdehnung der *lex fori* ist die letzte Zuflucht des Kollisionsrechts an seinem Endpunkt, ehe seine Verneinung.“¹⁶

c) *Die dargestellte Tendenz ist auch in der Kodifikationsarbeit der sozialistischen Länder erschienen.* Das kann mit einigen Beispielen gut veranschaulicht werden. Der tschechoslowakische Kodex über das internationale Privatrecht regelt im § 10 das auf die Verträge anzuwendende Recht. Das Gesetz besagt, daß in dem Falle, wenn die Parteien diesbezüglich keine Vereinbarung trafen, „ist auf ihre Obligationsverhältnisse dasjenige Recht anzuwenden, dessen Anwendung der rationellen Regelung des gegebenen Verhältnisses entspricht.“ Darauf folgend stellt derselbe Paragraph für zahlreiche Vertragstypen konkrete Kollisionsnormen fest. Immerhin mit dem auflösenden Koeffizienten in Form einer einleitenden Bestimmung, daß „mit Rückricht darauf (nämlich auf die gesagte allgemeine Regel) in der Regel“ dieses oder jenes Recht auf dieses oder jenes Vertragsverhältnis maßgebend ist. Darin ist die Konzeption des Gesetzgebers klar zu erkennen, daß er dem Richter auf diesem Gebiet des Obligationenrechts eine bedeutende Rolle zuteilen will, und zwar zur Gewährung

der wertorientierten Lösung, die er durch eine solche elastische Methode erreichen möchte. Die Hauptregel des sowjetischen internationalen Privatrechts in Bezug der Außenhandelsgeschäfte ist die Anwendung des am Ort des Geschäftsabschlusses geltenden Gesetzes. Das wird aber durch den 2. Absatz des fraglichen Artikels 126 an die sowjetische materiellrechtliche Regelung gebunden und zwar dadurch, daß der Ort des Handelsabschlusses nach sowjetischem Recht auszulegen beziehungsweise zu bestimmen ist. Das Gesetz vom Jahr 1961 über die Grundlagen der zivilrechtlichen Gesetzgebung der Sowjetunion regelt in seinem erwähnten Paragraphen das internationale Privatrecht der Verträge nicht ausführlicher; in kaum einigen Zeilen wird hier die Stellungnahme des Gesetzgebers formuliert, worin die Geltendmachung eines beträchtlichen Teiles der innerstaatlichen materiellrechtlichen Regelung in jeder Weise auf diesem Gebiet zur Geltung kommt. Das polnische Gesetz über das internationale Privatrecht steht in der Frage des Renvoi auf Grund der völligen Freiheit (§ 4.); (es erkennt die Rückverweisung und die Weiterverweisung ohne Einschränkung an); es ist bekannt, das eines der Hauptargumente der Beschränkung des Renvoi die Bevorzugung der Rechtssicherheit gegenüber den Vorteilen ist, die die Regel des Renvoi sichern kann. Der 1974 veröffentlichte jugoslawische Entwurf über das internationale Privatrecht beinhaltet in Bezug der Verträge im § 20 eine der tschechoslowakischen Lösung ähnliche Regelung. Es ist aber erwähnenswert auf § 2 hinzuweisen, der die nicht geregelten Fragen betreffend auch im allgemeinen besagt, daß für diese die Grundsätze des Gesetzes, die rechtlichen Grundsätze der Jugoslawischen Sozialistischen Föderativen Republik und die allgemein anerkannten Grundsätze des internationalen Privatrechts maßgebend sind.¹⁷ Man könnte die Beispiele noch lange anführen. Aus den bisherigen ist es jedoch klar, daß die erwähnte Erscheinung auch im sozialistischen Zivilrecht sozusagen naturgemäß vorhanden ist. Die Bestrebung nämlich, daß der Gesetzgeber auf zahlreichen Gebieten des internationalen Privatrechts durch eine elastische allgemeine Regelung ermöglicht, sogar auf die Anwendung solcher Normen des internationalen Privatrechts beziehungsweise auf eine solche Auslegung der Normen orientiert, die aus dem Gesichtspunkt des materiellrechtlichen Endergebnisses zum optimalen Erfolg führen können.

d) Was nunmehr die *Kodifikation des ungarischen internationalen Privatrechts auf diesem Gesichtspunkt betrifft*, kann man sagen, daß dieser die Rechtssicherheit mit dem Grundsatz der elastischen, differenzierten Regelung vereinbaren wollte, die auch den materiellrechtlichen, wertorientierten Lösungen den Weg öffnet. Die Praxis der Zukunft wird zeigen, wieweit dies gelungen sei. Auf Grund des nunmehr geltenden Normensystems beziehungsweise der Kodifikationsgrundsätze des Gesetzbuches kann hier Folgendes gesagt werden (das durch die nachstehende Darstellung der wichtigeren Anknüpfungsgrundsätze und Institute demonstriert werden kam).

aa) Die Kodifikation strebte nach Nutzbarmachung der ausländischen Erfahrungen der Entwicklung des internationalen Privatrechts.

und die Werte der dargelegten wichtigeren Bestrebungen integrieren. An der Vermittlung von diesen Elementen war die Literatur des ungarischen internationalen Privatrechts besonders beteiligt.

bb) Im Ausbau der Normen des internationalen Privatrechts (der Anknüpfungsgrundsätze und Institute) war einer der entscheidenden Gesichtspunkte daß diese Normen dem inneren (gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, Verkehrs-) Inhalt der zugrunde liegenden materiellrechtlichen Rechtsverhältnisse optimal entsprechen. Dieser Inhalt — als ein Faktor, der auch die Norm des internationalen Privatrechts in die Richtung der Wertorientiertheit lenkt — leitete die Entscheidung darüber, welches Element in den einzelnen Rechtsverhältnissen den entsprechenden Anknüpfungsfaktor in sich trägt: welches Element die Verweisungsnorm als solche bezeichnet, worauf der Anknüpfungsgrundsatz optimal gebaut werden kann.

cc) Der Kodifikator wollte den so entstehenden Anknüpfungsgrundsatz durch eine Art Anreicherungsprozeß weiter verfeinern: in einer rechtsvergleichenden Anschauung suchte er danach in welchem Maße die materiellrechtlichen Lösungen in Bezug einzelner Institute in den verschiedenen Ländern abweichen, wieweit diese miteinander harmonisieren, und demzufolge wo man die freie Rechtswahl der Parteien oder die richterliche Rechtswahl freier gestalten müßte, beziehungsweise wo man eine größere innere kollisionsrechtliche Kogenz anstreben sollte.

dd) Damit hängt der folgende Grundsatz zusammen. Nämlich, daß im Kreise solcher Fragen die der Herrschaft und Lenkung der Parteien stärker unterworfen sind, so im Bereich des Obligationenrechts, wurde das anderswo stärker unterstrichene Prinzip der Rechtssicherheit durch die elastische Regelung ergänzt. Die elastische Regelung ermöglicht, daß die Praxis im konkreten Falle eine den Eigenheiten des gegebenen Falles und dem allgemeinen materiellrechtlichen Wertsystem mehr entsprechende Lösung suche und verwirkliche, um damit die aus der übertriebenen positivistischen Anschauung und der Unvoraussehbarkeit der Kollisionen von Rechtssystemen entstehende materiellrechtliche Eventualität vermindere.

ee) In gewissen Fragen demgegenüber (zum Beispiel Rechtsstellung der Personen, Ehe, Verfahren, Vollstreckung) war die eindeutige Regelung, i. d. der Anspruch der Rechtssicherheit im internationalen Privatrecht stärker. Das schließt freilich nicht aus, daß der Kodifikator mit rationalen Ausnahmen auch hier mit auf der Hand liegenden Ansprüchen des Lebens rechne, wie zum Beispiel — wie unten dargelegt wird — in der relativ allgemeinen Geltung der *lex patriae* in der Rechtsstellung der Personen.

ff) Obige Gesichtspunkte werden auch in der Praxis des Kodexes eine große Rolle spielen. Sowohl die Organe der Rechtssetzung wie die an der Rechtssprechung beteiligten Parteien und vor allen Dingen besonders die Rechtswissenschaft tun gewiß richtig, wenn sie den Kodex mit einer Anschauung im praktischen Leben zur Geltung helfen, die sich aus diesen Gesichtspunkten ergibt.

9. Die Anknüpfungsgrundsätze und Institute sind am zweckmäßigsten wahrscheinlich in einer Einheit zu betrachten, wenigstens in diesem analytischen und syntetisierenden Schreiben. Den Kodifikator haben jedoch nicht die Anknüpfungsgrundsätze an und für sich interessiert, sondern als ein Institut oder geregelte Form eines Lebensverhältnisses, beziehungsweise eines Typs der Rechtsverhältnisse. Nachdem aber der Anknüpfungsgrundsatz im internationalen Privatrecht entscheidendes Element des entsprechenden Instituts bildet, ist dieses Institut selbst nicht ohne diesen Anknüpfungsgrundsatz zu betrachten.

Die Einheit beziehungsweise die Konkurrenz der Gesichtspunkte und Grundsätze über die wir früher sprachen, spiegelt sich auch im Kreise der *allgemeinen Regeln, der allgemeinen Institute des IPR*.

a) Die *Qualifikation* ist eines der allgemeinsten Institute des internationalen Privatrechts. Ihre Funktion ist bekannt. Das Problem ist, welches Recht für die Qualifikation maßgebend sei. Das ungarische Gesetzbuch besagt im § 3, daß der allgemeine Anknüpfungsgrundsatz der Qualifikation das ungarische Recht ist. Der ungarische Richter soll demnach die vor ihn gebrachten Lebensverhältnisse nach dem ungarischen Recht qualifizieren. Die Realitäten und die sich den Erfordernissen des Lebens richtenden Elastizität und Lebensnähe haben andererseits die Ermöglichung der Qualifikation auch für den Fall notwendig gemacht, wenn ein konkretes Rechtsinstitut im ungarischen Recht nicht bekannt wäre. Daher besagt das Gesetz im Absatz 2 des erwähnten Paragraphen daß man bei der rechtlichen Qualifikation auch das ausländische Recht zu berücksichtigen hat, wenn das ungarische Recht im Vorgang der keine entsprechende Anleitung bietet, weil es das fragliche Rechtsinstitut nicht, oder mit abweichenden Inhalt kennt u.s.w. Mit dieser Regelung hat auch der Gesetzgeber den rechtsvergleichenden Satz verkündet, daß die gleichen Institute im Kreise des materiellen Rechts nicht unbedingt mit identischen Inhalt bekannt sind. Der Richter wird auf diesen Umstand aufmerksam gemacht, und aufgerufen, im Zuge der Rechtsanwendung selber — jetzt nunmehr in Bezug der konkreten Frage — bei diesem ersten Schritt eine entsprechende rechtsvergleichende Analyse anzuwenden.

b) In der Frage des *Renvoi* — die sowohl in der internationalen Literatur wie auch in der Praxis gleicherweise strittig ist — nimmt der Kodex die Rückverweisung an, während er die Weiterverweisung ablehnt (§ 4.).

Es wird auch einer Rückverweisung auf die Diskussionen um die Kodifikationsalternativen gleich kommen, wenn wir darauf hinweisen, daß sich hier die Ansichten der *Renvoi*-Anhänger und der *Renvoi*-Gegner zusammenstoßen.

Die Argumente der *Renvoi*-Gegner waren die folgenden. Einerseits die Schwierigkeit, die das Gericht meistern müßte, nämlich daß es nicht nur ein angerufenes Recht kennen müßte, sondern immer noch ein anderes, und eines von ihnen durch ein schwer abgrenzbares Gerechtigkeitsmerkmal wählen. Das fügt zur Anwendung der Stellungnahme des Gesetzgebers auch eine gerichtliche Wahlerwägung hinzu. Das vermindert die

Voraussehbarkeit, also die Rechtssicherheit, erhöht die Eventualität, die Logiklosigkeit, nämlich daß der Gesetzgeber einmal einen Satz verkündet, und dann im Wege des Renvoi die Entbindung davon anbietet. Durch die Anerkennung der uneingeschränkten Weiterverweisung kann ein Ballspiel ohne Ende entstehen.

Nach den Anhängern des Renvoi würden zwei grundlegende Argumente für die Zulassung des Renvoi sprechen. Das eine ist die schon erwähnte internationalprivatrechtliche Eventualität, daß das auf die Voraussehbarkeit und Rechtssicherheit gegründete Argument wegen der unvorhersehbare Zufälligkeit der Kollisionen der Rechtssysteme auf diesem Gebiet sehr schwach ist. Die erreichbare Rechtssicherheit ist nur kollisionsrechtlicher Natur, und wesentlich wären — sowohl aus dem Gesichtspunkt der Parteien wie auch der Rechtsanwender — die materiellrechtliche Voraussehbarkeit und Rechtssicherheit. Eben das ist aber sehr fraglich. Auch das Argument der Logiklosigkeit ist daher nicht bedeutend. Ansonsten ist nicht die formelle Logik, sondern der gesellschaftliche Inhalt, die gezielte tatsächliche rechtspolitische Wertordnung im Recht wesentlich. Es ist vielleicht nicht belanglos hier zu erwähnen, daß Kelsen, der eben von der formal-logischen Anschauung des Rechts eine große Wissenschaft machte, selbst erklärt hat: das Recht und die Rechtsnorm sind gesellschaftliche Erscheinungen, und keine Kategorien der Logik. Holmes, der in der Rechtsphilosophie und Rechtstheorie eine bedeutende Autorität war, äußerte sich in ähnlichem Sinne: das Wesen des Rechts ist die Erfahrungsrealität und nicht die Logik.¹⁸ Vielleicht wird niemand in Frage stellen, daß der gesellschaftliche Wahrheitsinhalt und die praktischen Realitäten für das Recht entscheidend sind. Das bedeutet freilich nicht, daß die rechtliche Regelung die logischen Widersprüche nicht meiden soll. Das internationale Privatrecht ist aber bis zu einem gewissen Grade auch ursprünglich das Recht der Widersprüche: einerseits weil man durch diesen Kanal laut ausländischen Rechts urteilt, andererseits, der Gesetzgeber ist trotzdem bestrebt seine eigene Wertordnung, also sein eigenes Recht durchzusetzen. Das offenbart sich in zahlreichen Fragen des internationalen Privatrechts, so auch im ungarischen Kodex, und zwar nicht allein im Renvoi. Das Hauptargument — das ein zweiter Gesichtspunkt der Renvoi-Unterstützer sein könnte — besteht darin, daß die renvoiwidrige Anschauung der Rechtssicherheit die Rechtssicherheit nicht mit der inneren materiellrechtlichen Wertordnung, sondern der Starrheit einer stark aprioristischen kollisionsrechtlichen Norm vergleicht. Das Interesse wäre eben, daß der Richter im Verhältnis zur inneren materiellrechtlichen Wertordnung, an diese logisch sich fester anschließende rechtliche Regelung finde, und so eine richtige Rechtssicherheit anzustreben. Das wird nur dann möglich sein, wenn das eigene Recht in begründeten Fällen die Entscheidung nach dem eigenen Recht, nach dem ohne Renvoi auszuwendendes Recht, beziehungsweise nach einem dritten Recht zuläßt. Von diesen nämlich steht das eine immer näher der materiellrechtlichen Wertordnung des Richters als das andere. Es wäre weder inhaltlich, noch logisch einfach zu verstehen, das ein Forum zufolge des Befehls des Gesetzgebers

sich vor der Anwendung seines eigenen materiellen Rechts verschließe, wenn diese auch nach dem verwiesenen ausländischen Recht zweckmäßig wäre. Der Renvoi also — wie das internationale Privatrecht klassisch ausdrückte — müßte immer gestattet werden, wenn seine Ablehnung zugleich auch die Ablehnung der inneren materiellrechtlichen Wertordnung bedeuten würde.¹⁹ Der Gesetzgeber hat schließlich in dieser Dilemma die erwähnte Lösung gewählt. Er hat den Renvoi angenommen, jedoch nur bis zur Hälfte, d. i. die Rückverweisung auf das ungarische Recht, während das Tor vor jeder Weiterverweisung geschlossen blieb. Ausländische Kollisionsnormen kann der Richter nur dann beachten, wenn eine solche Norm die Anwendung des ungarischen Rechts verordnen würde, sonst hat der ungarische Richter unter ausländischem Recht „die die aufgetauchte Frage direkt regelnden Rechtsnormen des anzuwendenden ausländischen Rechts“ zu verstehen (§ 4).

c) *Bei der Feststellung des Inhaltes eines ausländischen Rechts* wünschte das ungarische Kodifikationskonzept in dem Sinne keine Juristerei walten lassen, ob das ausländische Recht eine Rechtsfrage oder Tatsachenfrage bildet, um dann davon abhängig den Beweis des Inhalts des ausländischen Rechts zur Aufgabe der Parteien oder des Richters zu machen. Das Prinzip — als ein Grundsatz des sozialistischen Zivilrechts — ist, daß einerseits die Parteien verpflichtet sind im Kreise der Zusammenarbeitspflicht an der Aufklärung des Tatbestandes, in diesem Falle des Inhalts des ausländischen Rechts mitzuwirken, andererseits hat das Gericht (Behörde) die Verpflichtung alles um die Vollständigkeit der Beweisführung zu unternehmen. Dazu werden im § 5 des Kodexes auch die Hauptmittel benannt. Das sind: einerseits die eigenen Kenntnisse des Gerichts über das ausländische Recht, andererseits die Einholung von Informationen von amtswegen, wobei das Gericht Aufklärungen vom Justizministerium beantragen kann, drittens die Gutachten von Sachverständigen die es aus eigener Initiative oder auf Antrag der Parteien beschaffen kann, viertens die von den Parteien unterbreiteten Beweise.

d) Die Normen bezüglich der *Nichtanwendung des ausländischen Rechtes* sind ziemlich stark im Zeichen der inneren materiellrechtlichen Wertorientiertheit entstanden. Die Bestimmung im § 9 wonach die Parteien gemeinsam die Nichtanwendung des ausländischen Rechts beantragen können, in diesem Falle aber das ungarische Recht beziehungsweise bei Rechtswahl das gewählte Recht anzuwenden ist, bildet nur ein Element dieses Konzeptes. Es spiegelt sich entschiedener in der Regel des Vorbehalts der öffentlichen Ordnung wieder (§ 7). Hier wird gesagt, daß die Anwendung des ausländischen Rechts abzulehnen ist, wenn diese gegen die ungarische öffentliche Ordnung verstoßen würde. Obgleich die Vorbehaltsklausel ein allgemeines Grundinstitut des internationalen Privatrechts ist, wird in der ungarischen Rechtsliteratur und Praxis der allgemeine Standpunkt vertreten, daß dieses Institut doch nur in Ausnahmefällen anzuwenden ist. Wie es dazu im Motivenbericht des Kodexes heißt: „Bei der Feststellung des Verstosses gegen die öffentliche Ordnung der Ungarischen Volksrepublik folgt der Entwurf der Auffassung der

sozialistischen Rechtssysteme, daß dieser als Ausnahme- und Schutzentscheidung die bestehende Rechtsordnung schützen soll, und für keine diskriminierende Ziele verwendet werden kann. Daher wurde erklärt, daß die Anwendung des ausländischen Rechts allein aus dem Grunde nicht abzulehnen ist, daß das gesellschaftlich-wirtschaftliche System des betroffenen Staates von dem unseren abweicht (§ 7, Abs. 2). Die Kollision des ausländischen Rechts mit unserer öffentlichen Ordnung kommt meistens durch die Verletzung der Normen des ungarischen Rechts, die unbedingte Geltung, imperativen Charakter haben. Solche Regel sind zum Beispiel die Bestimmungen des Zivilgesetzbuches über die Allgemeinheit, Gleichheit und Unbedingtheit der Rechtsfähigkeit, oder diejenigen, die die Nichtigkeit der Verträge oder einseitigen Erklärungen über Einschränkung der Handlungsfähigkeit bzw. der Personenrechte beinhalten. Es muß betont werden, daß es zur Feststellung des Verstosses gegen die öffentliche Ordnung und unter diesem Rechtstitel zur Ablehnung der Anwendung eines ausländischen Rechts nur dann kommen kann, wenn die Anwendung der bezüglichen ausländischen Rechtsnorm im konkreten Rechtsfall einen Verstoß gegen die Regel der unbedingten Geltung des ungarischen Rechts bilden würde. Der Entwurf will also die gegebene ausländische Rechtsregel nicht als ungültig betrachten, sondern nur die Anwendung im konkreten Fall verhindern.“

10. Alles, was den allgemeinen Regeln folgt, kann als „*Besonderer Teil*“ qualifiziert werden, also die Gesamtheit der Normen, die den allgemeinen Bestimmungen – das schon verwendete Beispiel zu wiederholen: wie den Koeffizienten alle mathematischen Werte innerhalb der Klammer – unterworfen sind. Von diesem besonderen Teil beschränken wir uns zur Charakterisierung des Kodexes und zur Veranschaulichung der zu erwartenden und erwünschten Anschauung der praktischen Anwendung auf nur einige Institute. Im *Kreise der Personen* spricht der Kodex von Menschen, von Staat und von juristischen Personen.

a) Der Hauptanknüpfungspunkt für die Bestimmungen den *Menschen* als Rechtssubjekt betreffend (Rechtsfähigkeit, Handlungsfähigkeit, Personenrechte) ist die Staatsbürgerschaft, die *lex patriae* (§ 11). Wie bekannt, ist das eine allgemeine europäische Erbe des internationalen Privatrechts, die auch die sozialistischen Staaten teilen. Sie betrachten dies als den entscheidendsten Faktor, der die Gebundenheit irgendeiner Person an die politische Entität eines gewissen Gebietes (den Staat und sein Rechtssystem) am meisten ausdrückt. Diesen Grundsatz hat verständlicher Weise die Idee des Nationalstaates in das europäische internationale Privatrecht gebracht. In der Form der Bestrebung des Staates die ihm angehörigen Staatsbürger überall, selbst wenn sie in Migrationsbewegung sind oder dauerhaft anderswo leben, als seine Rechtssubjekte, seinem Rechtssystem unterworfen zu betrachten. Eine klassische Formulierung dieser Idee ist im Art. 3 des Code Napoléon zu lesen, die die größte Wirkung auf die europäische Rechtsentwicklung ausübte: auf den Personenrechtsstand der Franzosen ist französisches Recht auch dann anzuwenden, wenn ihr Wohnsitz in einem ausländischen Staat ist (*même résident en*

pays étranger). Europa wahrt auch heute diesen Grundsatz, obgleich schon mit vielen Zugeständnissen, trotzdem, daß die große Migration in vielen Hinsichten den Grundsatz fraglich machte. Es ist kein Zufall, daß die Immigrationsstaaten den Wohnsitz, das Domizil in diesem Bereich als Anknüpfungsanhaltspunkt angenommen haben. Das war ein Mittel zur Gewährung der inneren Einheit der Rechtsprechung. In diesen Ländern ist das Domizil der auch rechtlich ausgedrückte Faktor, der die Bindung an die politisch-gesellschaftlich-wirtschaftliche Existenz des gegebenen Gebiets auch für die Ankömmlinge einheitlich zum Ausdruck bringt.

Was nunmehr die erwähnten Zugeständnisse und Ausnahmen im ungarischen Recht betrifft (auch als bedeutende Beispiel der elastischen und differenzierten Regelung) kann unter anderem Folgendes gesagt werden: wer mehrere Staatsbürgerschaft hat, unter denen eine die ungarische ist, besitzt als persönliches Recht das ungarische Recht (§ 11, Abs. 2); wer mehrere Staatsbürgerschaft besitzt, von denen keine ungarisch ist, sowie der Staatenlose haben als persönliches Recht das Recht des Wohnsitzes, beziehungsweise das ungarische Recht, wenn die betroffene Person auch in Ungarn einen Wohnsitz hat; wer aber im Auslande mehrere Wohnsitze hat, wird als persönliches Recht das Recht desjenigen Staates besitzen, mit dem er die engste Beziehung hat (§ 11, Abs. 3). Schließlich wird auch der gewöhnliche Aufenthaltsort zu einem Anknüpfungsgrundsatz, und zwar dann, wenn nach den obigen das persönliche Recht irgendeiner natürlichen Person nicht festzustellen ist (§ 11, Abs. 4).

b) Der Staat als Subject der zivilrechtlichen Verhältnisse wirft Fragen im internationalen Privatrecht auf, die im Spiegel des Kodexes im Themenkreis der Zuständigkeit und Immunität erörtert werden können.

c) In Bezug der *juristischen Personen* kann der Kodex wieder durch ein differenziertes gestaffeltes System der Anknüpfungsgrundsätze charakterisiert werden (§ 18): mit einer degressiven Intensität der angewandten Grundsätze nach der hier folgenden Reihenfolge (d. i. auf den nächsten kann man nur dann hinübergehen, wenn nach dem vorgehenden Anknüpfungsgrundsatz das Heimatsrecht der juristischen Person nicht festgestellt werden kann); das heißt aa) den Grundsatz der Inkorporation, also Anwendung des Rechts des Registerstaates, bb) das Recht des Staates, wo die juristische Person nach ihrem Statut den Sitz hat, cc) das Recht des Staates, wo der Ort der zentralen Geschäftsführung ist. So wollte der Gesetzgeber drei Umstände honorieren. Einerseits folgte er der auf diesem Gebiet differenzierten internationalen Praxis und den Lösungen, die Ungarns internationale Abkommen anwenden. Andererseits wurde berücksichtigt, daß der Sitz vieler juristischen Personen nicht in das Prokrustesbett eines auf einen einzigen Ort bezogenen beziehungsweise nach einem einzigen Ort verallgemeinerten Postulats einzuschließen ist. Drittens wollte der Gesetzgeber sichern, daß der Richter schließlich auf jede mögliche Variation vorbereitet in eine Lage versetzt werde, den gesellschaftsrechtlichen Streitfall beurteilen zu können.

Eine andere Frage besteht darin: auf welche Probleme soll die kollisionsrechtliche Regelung der juristischen Personen maßgebend sein?

Laut § 18, Abs. 1 sind nach den erwähnten Anknüpfungsgrundsätze folgende Frage zu beurteilen: Rechtsfähigkeit, wirtschaftliche Eigenschaft, Personenlichkeitsrechte der juristischen Personen und das Verhältnis der Mitglieder untereinander. Die Regelung erstreckt sich also auf das genetische Statut der juristischen Personen, d. i. also die Existenz, Rechtsfähigkeit der juristischen Personen und die Verhältnisse der Mitglieder in ihrer Beziehung untereinander und auf ihre persönliche Befugnisse. Die Beurteilung dessen, ob eine juristisch-wirtschaftliche Einheit als juristische Person existiert, und im Jafalle: was für Fähigkeiten sie besitzt, von welchen inneren organisatorischen Bedingungen ihre Existenz abhängt, kann nur auf Grund des Rechts dessen Staates, wo sie ihre Existenz erhielt, und dessen Parameter für die Anerkennung dieser Existenz maßgebend waren, vernünftig entschieden werden. Sowohl logisch, wie aus dem Gesichtspunkt des gesellschaftlich-wirtschaftlichen Inhalts des gegebenen Instituts ist demgemäß das Prinzip der Inkorporation als adäquateste Lösung zu erachten. Für solche gesellschaftsrechtliche Kategorien jedoch, die schon das Aktivitätsmodell der juristischen Personen bilden (sog. Aktivitätsstatut) wie zum Beispiel die *ultra vires*, Fusion, Liquidierung, Bildung von obligatorischen Fonds, Beteiligung der Angestellten am Gewinn (beziehungsweise ihre Beteiligung an der Leitung, an der Ausübung der operativen Macht in Bezug des Unternehmens, an dem Entscheidungsprozeß), wird gewiß derjenige Staat Priorität und für sein Recht Geltung haben wollen, in dem das betroffene Rechtssubjekt diese Aktivität ausübt. Dieses und kein anderes Land kann sich den Luxus leisten, daß – während andere Unternehmen in den gegebenen Fragen, und zwar in wichtigen wirtschaftsorganisatorischen und gesellschaftsrechtlichen Fragen rechts fahren, – einigen das Linksfahren erlaubt werde.²⁰

Eine Tugend des Kodexes ist, daß er – indem der Geltungsbereich der erwähnten Anknüpfungsgrundsätze der juristischen Person umschrieben wird – die praktische Anwendung des Gesetzbuches mit Rücksicht auf die obige Umstände nicht ausschließt.

11. Im Kreise des *Eigentumsrechts* kann der fachkundige Leser die Befolgung des klassischen Modells darin sehen

– daß der Kodex das Prinzip der *lex rei sitae* als allgemeinen Anknüpfungsgrundsatz für das Eigentumsrecht und andere dingliche Rechte, ferner auf das Pfandrecht und den Besitz (§ 21) betrachtet,

– daß die Eigentumsprinzipien im Falle von Waren im Transport (*res in transitu*) die folgenden sind: das persönliche Recht des Reisenden, wenn es sich um Reisegepäck handelt, das Recht des Bestimmungsortes, wenn es um transportierte Güter geht (§ 23)

– während das Entstehen von dinglichen Rechten auf registrierten Wasser- oder Luftfahrzeugen, das Bestehen oder Aufhören dieser Rechte nach dem Recht desjenigen Staates zu beurteilen ist, unter dessen Flagge oder anderem Hoheitszeichen das Fahrzeug verkehrt (*lois de pavillon*: § 23).

In ähnlicher Weise kann die Formulierung einer der klassischen Lösungen in solchen Kapiteln gesehen werden, wie das *Erbrecht*, in dem das

Recht des Staates maßgebend ist, dessen Staatsbürger der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes war (§ 36); oder daß es im *Familienrecht* (§§ 37 ff.) neben der Hauptregel des persönlichen Rechts der Eheschließenden beziehungsweise Ehepartner, d. i. der Staatsbürgerschaft (fallweise Wohnsitz) zahlreiche andere Anknüpfungsgrundsätze gelten, wieder einmal aus einer lebensnahen und elastischen Anschauung, wie zum Beispiel für die formellen Bedingungen des Zustandekommens der Ehe der Ort der Eheschließung (§ 37, Abs. 2), auf den Familienrechtsstand des Kindes nichtungarischer Staatsbürgerschaft das ungarische Recht, wenn es für den betroffenen vorteilhafter ist (§ 46), auf die persönlichen und Vermögensrechte der Ehepartner das Recht des Prozeßgerichtes beziehungsweise der Behörde, wenn die Ehepartner keinen gemeinsamen Wohnsitz hatten, verschiedene Staatsbürgerschaften haben, also kein gemeinsames persönlicher Recht festzustellen wäre (§ 39) usw.

Eine gleichfalls bekannte Lösung wählt die Regelung des Kodexes, wonach in den *Arbeitsrechtsverhältnissen* das Hauptprinzip das Recht des Ortes der Arbeitsleistung — die *lex loci laboris* — ist (§ 51), wobei auch die Faktoren zur Kenntnis genommen werden, deren zufolge wieder einmal eine differenzierte Beurteilung zu ermöglichen war. So zum Beispiel daß für das Arbeitsverhältnis eines am Bord eines Schiffes Dienst tuenden Werktätigen die *lex bandi*, also das Recht des Landes laut Hoheitszeichen maßgebend sein wird, oder daß viele im Auslande so arbeiten, daß ihr Arbeitsverhältnis auch zu Hause besteht (für das letztere wird offensichtlich dieses Recht gelten), die *lex loci laboris* wird also für ausländische Arbeitnehmer nur für ortsbedingte Elemente des Tatbestandes maßgebend sein. Abweichende Regelung ist für die Arbeitsverhältnisse notwendig, die durch Ernennung oder Wahl geschaffen werden. Deren Anknüpfungsgrundsatz ist nach dem Kodex das persönliche Recht der ernennenden Behörde beziehungsweise der Wahlkörperschaft (§ 51, Abs. 2). Wir könnten weitere Beispiele anführen, wie differenziert das System der Anknüpfungssätze ist, das auch das kurze Kapitel über das Arbeitsrecht bietet, wieder einmal im Zeichen der rationellen Anpassung an das reale Leben und die Gesellschaftspraxis, anstatt der Forcierung einer alleinigen und ausschließlichen Anknüpfungsnorm, in diesem Falle der *lex loci laboris*.

12. Von den kodifikatorischen Alternativen der *Verträge* könnte man viel schreiben.

Im Zuge der Kodifikationsarbeiten des ungarischen internationalen Privatrechts tauchte die *neuere Tendenz* der internationalen Praxis auf, wonach die Verträge ausschließlich einem oder einem anderen a priori bestimmten Anknüpfungsgrundsatz zu unterwerfen nicht vorteilhaft ist. Das fesselt die Hände des Richters allzusehr; er kann dadurch gehindert werden, eine Entscheidung zu treffen, die den Eigenschaften des Falles und der Wertordnung des materiellen Rechts des Gesetzgebers mehr entspricht. Die bessere Geltung der weitgehenden Dispositivität die übrigens auch im materiellen Recht auf dem Gebiet des Obligationenrechts zur Geltung kommt, wird gleichfalls stark eingeengt. Wir haben

schon oben darauf hingewiesen, daß diese Tendenz der allgemeinen, nicht zu-detaillierten *elastischen Regelung* auf diesem Gebiet des Obligationsrechts auch im sozialistischen Recht immer stärker zum Vorschein kommt, so z. B. im tschechoslowakischen, teils im sowjetischen Recht, und wie ähnlich betont wurde, auch im jugoslawischen Recht.²¹ Ein weiteres Beispiel dafür bietet das Übereinkommen der EWG (19. 6. 1980) über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht; ein legislatives Produkt aus einer Landergruppe, die über einen großen Verkehr in der Praxis des internationalen Privatrechts verfügt, und derer Praxis aus dem Gesichtspunkt der ungarischen Außenwirtschaft keinesfalls bedeutungslos ist. Dieses Übereinkommen zählt die möglichen Vertragstypen nicht auf, gibt kein bestimmtes unumwechselbares Recht zu jedem einzelnen Vertrag. In einigen Absätzen werden allgemeine Regel formuliert: zuerst das Recht der Rechtswahl, zweitens mangels deren die Anwendung des Rechts nach dem Grundsatz der engsten Verbindung, drittens wird festgestellt, daß dies das Recht deren Partei bildet, die die charakteristische Leistung zu erbringen hat, und viertens wird hinzugefügt, daß dieses Recht nicht anzuwenden ist, wenn aus der Gesamtheit der Umstände hervorgeht, daß der Vertrag mit dem Recht eines anderen Staates in engerer Verbindung steht. Alles andere ist Frage des konkreten Tatbestandes, beziehungsweise der richterlichen Stellungnahme. Die Gerichtspraxis wird natürlich typisieren, jedoch im allgemeinen, und nicht mit für jeden Einzelfall a priori vorgeschriebener Lösung.

Aus der obigen rechtsvergleichenden Rundschau ist ersichtlich, daß das international-privatrechtliche Statut der Verträge in den in dieser Hinsicht über bedeutende Praxis verfügenden Staaten entweder grundsätzlich *elastisch formuliert* wird, oder die Gerichtspraxis Wege und Methoden sucht mittels derer die nicht-entsprechenden, beziehungsweise zu starren Kollisionsnormen umgegangen werden können. Wenn wir dazu noch die größeren Handbücher studieren, wird da in Bezug je eines Vertrages zuerst die geschriebene oder in langer Rechtsprechungspraxis durch die Gerichte formulierte Kollisionsrechtliche Norm gesetzt, dann folgt nichts anderes, als die Erörterung dessen, welche abweichende Wege die Praxis suchte und wählte, zuweilen mit der Anwendung allgemeiner internationalen Institute des internationalen Privatrechts, wie es oben schon erwähnt wurde; zum Beispiel mit dem Renvoi, der Qualifikation oder Subnorm, mit der Anwendung einer von der Hauptregel abweichenden Norm des internationalen Privatrechts. Die geschilderte Tendenz ist neuerlich sozusagen allgemein geworden.

Der ungarische Gesetzgeber trachtete im Kodex letzten Endes größere Eindeutigkeit, Vorausssehbarkeit, größere Betonung des schon erwähnten Wertes der Rechtssicherheit durchzusetzen. Die Normen der Verträge erscheinen in acht verhältnismäßig langen Paragraphen, und fassen die Antwort des ungarischen Rechts im folgenden vierstufigen System zusammen.

a) In den ersten Stufe besagt § 24, daß auf die Verträge dasjenige Recht anzuwenden ist, das die Parteien beim Abschluß des Vertrages, oder

später gewählt haben. Bezüglich *Rechtswahl* stellt der Kodex keine Schranken fest, wie zum Beispiel das polnische Gesetz über das internationale Privatrecht, das nur eine solche Rechtswahl ermöglicht, die in irgendeiner Weise mit dem vertraglichen Verhältnis zusammenhängt.

b) In der zweiten Stufe stellt der Kodex im § 25 und in den folgenden Paragraphen – für den Fall, daß die Vertragspartner sich der Möglichkeit der Rechtswahl nicht bedienen – nach den verschiedenen Vertragstypen eindeutige Anknüpfungsgrundsätze fest. Unter Eindeutigkeit ist hier zu verstehen, daß nur solche Anknüpfungsgrundsätze verwendet werden können, die das Gesetzbuch bei den einzelnen Vertragstypen angibt. Es handelt sich also nicht darum, wie zum Beispiel in den tschechoslowakischen und jugoslawischen Kodifikationen, die die in Bezug der Vertragstypen aufgenommenen Anknüpfungsgrundsätze *im allgemeinen*, beziehungsweise *gewöhnlich* gelten lassen, die also die Anwendung des Rechts eines anderen Staates zufolge der konkreten Bindungen des Vertragsverhältnisses zulassen, als das Recht das in Bezug des gegebenen Vertragstyps der Kodex im allgemeinen als anzuwendendes Recht betrachtet.

Das Leitmotiv, Hauptelement des Inhaltes eines jeden Anknüpfungsgrundsatzes zu den Vertragstypen ist die charakteristische Leistung. Das ist die Grundlage, worauf der Anknüpfungsgrundsatz gebaut wird. So wird zum Beispiel bei dem Kaufvertrag das Recht des Verkäufers, beim Miet- und Pachtvertrag das Recht des Vermieters oder Verpächters, beim Kommissionsvertrag das Recht des Kommittenten, beim Fracht- und Speditionsvertrag das Recht des Frachtführers oder des Spediteurs maßgebend sein u.s.w.

Der Status gewisser spezifischen Verträge ist demgegenüber im internationalen Privatrecht von abweichendem Gepräge. So ist auf Immobilien die *lex rei sitae*, auf die Verträge die registrierte Wesser- oder Luftfahrzeuge betreffen das Recht des Staates maßgebend, unter dessen Flagge oder anderem Hoheitszeichen das Fahrzeug verkehrt (§ 26). Auf Werkverträge (Projektierungs-, Montage- und Lohnarbeitersvertrag u.s.w.) ist das Recht des Staates anzuwenden, auf dessen Gebiet die vertragliche Tätigkeit ausgeübt werden muß, beziehungsweise das im Vertrag bestimmter Ergebnis zu verwirklichen ist (§ 26, Abs. 2); auf Unterhalts- und Leibrantenverträge das Recht des Staates, auf dessen Gebiet die Leistung zu erfolgen hat (§ 26, Abs. 3); auf den Gesellschaftsvertrag aber wird das Recht des Staates maßgebend, wo die Gesellschaft ihre Tätigkeit ausübt; wenn es schließlich um einen Gesellschaftsvertrag handelt, der eine juristische Person gründet, ist das persönliche Recht der juristischen Person nach den oben schon erwähnten Regeln anzuwenden.

c) Die dritte Stufe geht von der lebensnahen Annahme aus, daß nicht jeder Vertragstyp im voraus bestimmbar, beziehungsweise nicht jedes Vertragsverhältnis typisierbar ist, oder in keine bestimmte Kategorie der Verträge eingestuft werden kann. Demzufolge führen die in der zweiten Stufe nach Vertragstypen bestimmten Anknüpfungsgrundsätze an sich nicht zur eindeutigen Bestimmung des anzuwendenden Rechts.

Daher wird im Paragraph 29 besagt, daß der Vertrag, der atypisch oder nichtgeregelt beziehungsweise von gemischtem Charakter ist, nach dem Wohnort, gewöhnlichen Aufenthaltsort, beziehungsweise Sitz (Niederlassung) derjenigen Person beurteilt werden muß, die die für den Vertrag *charakteristische Verpflichtung* zu erfüllen hat. Diese Regelung zeigt auch an sich eine differenzierte Lösung in Kreise der Verträge.

d) In der vierten Stufe ist die allgemeinste Klausel des Status der Verträge im internationalen Privatrecht zu finden, nämlich die Regel, wonach in dem Fälle, wenn das anzuwendende Recht nach obigen Normen nicht festzustellen wäre, das Recht maßgebend ist, „mit dem der Vertrag — die wesentlichen Elemente des Vertragsverhältnisses betrachtet — am meisten verknüpft ist“ (§ 29).

In Bezug des Status des Vertrages in internationalen Privatrecht spiegelt der Kodex die Bestrebung, die Aufstückelung des Vertragsverhältnisses — also die Regelung, wonach gewisse Elemente der vertraglichen Verbindung nach dem Recht eines, andere Elemente nach dem Recht eines anderen Staates beurteilt werden — möglichst zu vermeiden. Die Einheit des konkreten wirtschaftlichen und rechtlichen Lebensverhältnisses hat da den Gesetzgeber beeinflusst. Diese bedeutet nach der Formulierung des internationalen Privatrechts, daß *alle wesentliche Elemente des vertraglichen Verhältnisses dem oben bestimmten, anzuwendenden Recht untergeordnet werden*. Im § 30, Abs. 2 wird es eindeutig festgestellt, daß „das Recht des Vertrages sich auf alle Elemente des Obligationsverhältnisses erstreckt, so insbesondere auf den Vertragsschluß, materielle und formelle Gültigkeit, schuldrechtlichen Folgen, ferner — wenn die Parteien keine andere Vereinbarung treffen — auf die Vereinbarungen zur Sicherung des Vertrages (Pfand- und Bürgschaftsvertrag u.s.w.), auf die Anrechenbarkeit, Abtretung und Übernahme der mit dem Vertrag zusammenhängenden Forderungen.“ Das Recht des Vertrages — *lex obligationis* — erstreckt sich auch auf die Beurteilung der Verjährung der Forderungen aus dem Vertrag.

Bedeutend ist auch die Norm, die die Formulierung des *favor negotii* bedeutet (der wieder eine elastische und differenzierte Methode der kollisionsrechtlicher Regelung darstellt); § 30, Abs. 3 besagt nämlich, wenn auf Grund des nach obigen Normen festgestellten Recht des Vertrages aus formellen Gründen die Ungültigkeit festgesetzt werden müßte, kann das Gericht den Vertrag für gültig erklären, und muß ihn auch so behandeln, wenn dieser nach dem Recht des Prozeßgerichts oder des Staates gültig ist, auf dessen Gebiet die gezielten Rechtswirkungen eintreten müssen.

Obleich das obige Bild differenziert erscheint, ist die Eindeutigkeit, mit anderen Worten der Ausschluß der gerichtlichen Wahl und Erwägung überwiegend. Der Gesetzgeber war bestrebt die Bestimmungen der Anknüpfungsgrundsätze aufgrund des materiellrechtlichen Inhalts und der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Funktion der einzelnen Vertragstypen selbst zu formulieren, und zwar mit dem Vorhaben, daß das Gericht diese nicht mehr übertrete. Er hat die so gegebene Rechtsicherheit für einen größeren Wert geschätzt, als die eventuelle Möglichkeit, daß durch eine

mehr elastische Regelung gegebenenfalls materiellrechtliche Lösungen erreicht werden könnten, die auch er für besser halten würde. Diese gesetzgeberische Anschauung wird in Zusammenhang mit den Regeln, die noch differenzierte und elastische Annäherung ermöglichen, worauf wir oben hingewiesen haben — außer des erwähnten konkreten Wertes — grüß weitere Werte zur Reife bringen. So z. B. die Tendenz, daß die Parteien (insbesondere in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen der Unternehmen) mehr nach Anwendung der Rechtswahl streben, als wenn sie in dem ansonsten anzuwendenden Rechts ohnehin eine größere Bewegungsfreiheit sehen könnten. Der Kodex macht jedoch auch die Anforderung der Elastizität des praktischen Lebens geltend. Wie wir schon oben betont haben, im Moment, wenn ein Vertragsverhältnis nicht eindeutig qualifizierbar ist, treten die Normen unter *c*) und *d*) ein, die die gerichtliche Erwägung besser in den Vordergrund stellen. Nachdem die Voraussetzung und die entsprechende eindeutige Regelung im Kreise der atypischen und gemischten Verträgen wirklich problematisch sind, und nachdem der Kodex hier die größere Rolle (Erwägung) des Gerichts gewährt, kann er auch in der Modernität der Wertordnungsorientiertheit bedeutende Werte sein eigen nennen.

13. In der Regelung des Instituts der *außervertraglichen Haftung* wurden im Gesetzbuch die Bestrebungen honoriert, die mit die Differenziertheit der Anknüpfungsgrundsätze die die schon erwähnte Metamorphose (die in den letzten Jahrzehnten besonders in der materiellrechtlichen Ordnung der zivilrechtlichen Haftung vor sich ging) besser ausdrücken, als es bei dem früher ausschließlichen Grundsatz der *lex delicti commissii* möglich war.²² Das kommt konkret in den folgenden zum Ausdruck: laut § 32, Abs. 1 ist die Hauptregel „das am Ort und zur Zeit der schädigenden Handlung oder Unterlassung maßgebende Recht“, also die *lex loci delicti commissii*. Im zweiten Absatz folgt jedoch schon die Auflösung der Hauptregel, wonach „wenn es dem Geschädigten vorteilhafter ist, ist das Recht des Staates anzuwenden, auf dessen Gebiet der Schaden eingetreten ist.“ Eine weitere Stufe der Auflösung laut Absatz 3 ist die Bestimmung: „wenn der Wohnsitz des Schadenstifters und Geschädigten in ein und demselben Stat liegt, so ist das Recht dieses Staates anwendbar“. Wenn aber die Deliktsfähigkeit eine Bedingung der Haftung bildet, kann deren Bestehen entweder auf Grund des persönlichen Rechts des Schadenstifters, oder nach dem Recht des Ortes der Rechtsverletzung beurteilt werden. Nur nach dem Recht des Ortes des schädigenden Verhaltens kann die Frage beurteilt werden — wird im § 33, Abs. 1 gesagt — ob dieses Verhalten durch die Verletzung einer Verkehrs- oder anderer Sicherheitsregel verwirklicht wurde. Das Recht des Forums, also die kognitive Anwendung des ungarischen Rechts spielt in zwei Fragen bedeutende Rolle: nach § 34 kann das ungarische Gericht keine Haftung für ein solches Verhalten feststellen, das nach ungarischem Recht nicht rechtswidrig ist, und kann keine Rechtsfolgen feststellen, die das ungarische Recht nicht kennt.

14. Der Kodex kann auch in Bezug des *Verfahrensrechts* in breiterem Sinne als eine umfassende Rechtsschöpfung betrachtet werden. Nicht

nur in dem Sinne, daß er sich auf jede wesentliche diesbezügliche Frage erstreckt, also — wie wir schon oben beim System des Kodexes erörtert haben — auf die Zuständigkeit, auf die verfahrensrechtlichen Normen in engerem Sinn, die internationale Rechtshilfe und Ersuchen, sowie auf die Anerkennung und Vollstreckung von ausländischen Urteilen. Umfassend ist die verfahrensrechtliche Regelung des Kodexes auch in dem Sinn, daß er in dem erwähnten Problemkreis sich nicht nur auf das gerichtliche Verfahren, sondern auch auf andere, im allgemeinen auf das Verfahren, der Jurisdiktion, Rechtshilfe und Beschlüsse auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts bezieht. Daraus ist auch die Eigenheit des Kodexes ersichtlich, daß er bei den Kollisionsnormen nicht halt machte, sondern eine Vielfalt direkt rechtsordnenden Normen verwendet. Ein großer Teil der Normen der hier erwähnten Gebiete wird nämlich dadurch gekennzeichnet, daß sie zwar mit der Annahme eines internationalen Elementes geschaffen wurden, darin liegt das Wesen ihrer eigener Existenz, das erscheint aber nicht in Verweisungsnormen, sondern in direkt regelnden Normen.

Im weiteren werden wir von diesem Teil des Kodexes in Zusammenhang mit der Zuständigkeit die Immunität, sowie die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile erörtern. Die Immunität, weil sie auch an sich eine packende Frage bildet, und weil es eine zweckmäßige Unternehmung ist das Gesetzbuch aus dem Gesichtspunkt der praktischen Belebung des Kodexes zu analysieren, die andere aber, weil die Anerkennung und Vollstreckung verhältnismäßig als Probleme vernachlässigt werden, obgleich es bei diesen um — insbesondere aus internationalen Aspekt — sehr wichtige Fragen handelt.

15. Die *Immunität* — wie bekannt — wirft eine spezifische Frage der Zuständigkeit und des anzuwendenden Rechts, sowie der Anerkennung ausländischer Urteile auf, wenn es sich um eine zivilrechtliche, beziehungsweise handelsrechtliche Angelegenheit handelt, in der an einer Seite ein *sui generis* staatliches Organ, im allgemeinen der Staat selbst in dieser Eigenschaft steht. Es ist auch bekannt, daß die Rechtsentwicklung auf Grund des Prinzips der relativen oder funktionellen Immunität das Privileg der Immunität dem Staate stufenweise entzieht, wenn dieser nicht in *sui generis* staatlicher Funktion (als Staatsmacht, als Subjekt des Verwaltungsrechts, des Völkerrechts) auftritt, sondern als Teilnehmer eines operativen zivilhandelsrechtlichen Geschäfts. Damit wird die klassische Lehre der Immunität differenziert, die sich für die absolute Immunität bekannte, wonach der Staat — ungeachtet der Natur des Rechtsaktes — immer die absolute Immunität gegen die ausländische Jurisdiktion beziehungsweise die Anwendung des ausländischen materiellen Rechts zu genießen berechtigt war ihm nur dann zu entziehen, wenn er in einem internationalen Vertrag, oder sonst mit *ad hoc* Gepräge auf diese Immunität verzichtet, und sich in den Prozeß einläßt. Demgegenüber entfaltete sich der Grundsatz der erwähnten funktionellen Immunität.

Die Lehre der funktionellen oder relativen Immunität wurde zuerst durch die Gerichtspraxis in den Vereinigten Staaten, dann in den west-

europäischen Ländern, so in Frankreich, in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt. Nach dieser Praxis der 50-er und 60-er Jahre wurde das Prinzip der funktionellen Immunität in den Vereinigten Staaten 1976, in England 1978 im Wege der Gesetzgebung verallgemeinert. 1972 haben die west-europäischen Staaten das Abkommen über die europäische Immunität unterzeichnet. Die Lehre der funktionellen Immunität erschien auch in den sozialistischen Rechtsschöpfungen, so im § 47 des tschechoslowakischen IPR-Gesetzes vom Jahre 1963 und der polnischen Zivilprozeßordnung (§ 1111) von Jahre 1964. Das Gesetz vom Jahr 1961 über die Grundlagen der Zivilrechtsgesetzgebung der Sowjetunion erkennt die relative Immunität als Erwiderung für den Fall an, wenn man in Bezug sowjetischer Staatsorgane in anderen Staaten im Zeichen dieser Konzeption vorgeht. Die Institutionalisierung der Haftung des Staates für seine wirtschaftliche Verpflichtungen wird ansonsten auch in der, sich im Rahmen der RGW entwickelnden Legislation stark betont.

Als eine konkrete Erscheinung dieser Tendenz wird es in dem Musterstatut des RGW für internationale Wirtschaftsorganisationen in Bezug der Staaten die als Gründungsmitglieder auftreten (wie bekannt können auch Staaten als Mitglieder solcher Organisationen beitreten) erklärt, daß die Staaten in diesem Zusammenhang als zivilrechtliche Rechtssubjekte zu betrachten seien. Nachdem weiterhin das Abkommen von Moskau über die Aussenhandels-Schiedsgerichtsbarkeit der RGW-Staaten sich auch auf diese Rechtsinstitute bezieht (was in genannten Musterstatut expressis verbis zu Ausdruck gebracht wurde), ist es durchaus möglich, daß im Zuge der Streitfälle in Verbindung mit den fraglichen gemischten Unternehmung auch Staaten vor das Schiedsgericht eines RGW-Staates kommen. Diese Tendenz und die Ursachen der Stärkung dieses Prozesses sind aus der Literatur wohl bekannt.²³

a) *Die Immunität betreffend entwickelt sich das ungarische Recht* — und dessen Vorbild: das ungarische Rechtsdenken — *in einem eigenartigen kreativen Antagonismus*. Die klassische These der absoluten Immunität wirkt auch weiterhin (in der Literatur und Praxis zugleich), jedoch die für das Neue empfindlichen Autoren haben schon vor Jahren formuliert: die Antithese die sich aus dem Verhältnis von Staat und Wirtschaft in Bezug der Immunität heute ergibt, verneint die alte These, die materiellen (wirtschaftlichen) Rechtsverhältnisse und Rechtsstreite des Staates sprechen für die Synthese einer institutionellen Auflösung. Die Obigen rechtsvergleichenden Hinweise zeigen, wo man in anderen Ländern und in der internationalen Rechtssetzung die Synthese zu finden versucht. Die ungarische Entwicklung zeigt eigentlich im Kodex gleichfalls in diese Richtung, wenn auch mit nicht wenig Widersprüche. Der erwähnte kreative Antagonismus war auch in der Kodifikation der Immunität — bei der Geburt des entsprechenden Teiles des Gesetzbuches über das internationale Privatrecht — zugegen.²⁴ Das ist nunmehr als geltendes Recht nicht nur positiv im Kodex spürbar. Nicht nur positiv, weil die Regelung ein widerspruchsvolles, kompliziertes, mehrstufiges inneres Ringen zeigt, das man ohne Kenntnis des Hintergrundes dieses Ringens nicht leicht

verstehen kann. Das bedeutet jedoch nicht, daß der Kodex keinen Fortschritt in dieser Frage der früheren Situation gegenüber darstellen würde. Die Meinung des Lesers und Rechtssuchenden kann jedoch sein – nachdem er den tatsächlichen Inhalt der gegebenen Regelung verstand – daß er kaum dessen sicher sein kann, daß er alles von der Regelung wohl verstanden hat, bzw. er wird fragen: warum konnte der Gesetzgeber das alles nicht in einer mehr geschlossenen Struktur, klarer ausdrücken? Man kann darauf als Entschuldigung sagen, daß man nicht einmal in der Gesetzesfassung alles an einem Ort sagen kann, bei einer größeren, umfassenden Rechtsregel ist es begründet, eine Abfassung in entsprechendem inneren System, mit Hauptregeln und Ausnahmen, mit allgemeinem und besonderen Teil zu wählen. Das macht zuweilen kompliziert die gesetzgeberische Stellungnahme in Bezug eines und desselben Problems zu erkennen und entsprechend anzuwenden. Das ist jedoch nur ein Fall der Möglichkeit und Notwendigkeit, daß der Fachmann der Theorie und Praxis die zeitgemäße und lebensnahe Verwirklichung der gesetzgeberischen Konzeption in gleichmäßig kreativen rechtlichen Gesinnung fördere.

b) Wie gesagt, hat der Kodex *im ungarischen positiven Recht* in Bezug der Immunität einen bedeutenden Schritt vorwärts gemacht. Einerseits wurde die Immunität ausführlich geregelt, also der früheren Situation gegenüber eine geschriebene rechtliche Regelung geschaffen. Andererseits – wenngleich widersprüchlich – gab er die Ausschließlichkeit der absoluten Immunität auf, und hat in mehreren Beziehungen den Weg zur funktionellen Immunität geöffnet.

Die reine – logisch und auch vom Aspekt der Gesetzesfassung widerspruchlose – Lösung hätte sein können, daß der Kodex das Prinzip der relativen, beziehungsweise funktionellen Immunität eindeutig verallgemeinert (wie zum Beispiel das tschechoslowakische Gesetz über das internationale Privatrecht), oder als Erwiderung mit allgemeinem Gepräge anwendet (wie zum Beispiel die sowjetische Kodifikation). Das ungarische kodifikatorische Weiterschreiten erscheint aber in einer differenzierten Gesetzesfassungen- und inhaltlichen Lösungen. Die Antwort des Kodexes entfaltet sich in vier Stufen.

aa) In der ersten Stufe erfolgt die Bestimmung des auf die zivilrechtlichen Rechtsverhältnisse des Staates (als Rechtssubjekts) anzuwendenden Rechts. Nach § 17 ist *auf solche Rechtsverhältnisse des ungarischen Staates im allgemeinen sein eigenes Recht anzuwenden. Drei Ausnahmen sind jedoch bedeutend: das Recht eines ausländischen Staates ist auch anzuwenden, wenn „a) der Staat die Anwendung des ausländischen Rechts ausdrücklich akzeptiert hat b) oder das Rechtsverhältnis sich auf ein ausländisches Grundstück bezieht, das Eigentum des Staates ist, oder das der Staat zu erwerben wünscht, c) oder das Rechtsverhältnis sich auf die Mitwirkung ein einer wirtschaftlichen Organisation mit ausländischer Beteiligung bezieht“*. Tatsache ist, daß so noch zivilrechtliche Rechtsverhältnisse vieler Art unter der Herrschaft der absoluten Immunität bleiben. Die erwähnten Ausnahmen sind aber wichtige und oft vorkommende Geschäftsformen, es war daher zweckmäßig die Anwendung des ausländischen materiellen Rechts

für sie anzuerkennen. Das hat jedoch nur davon abhängig wirklich reellen und vollständigen Sinn, wenn der Kodex in diesen Rechtssachen auch für die Jurisdiktion die funktionelle Immunität annehmen würde. Es ist aber keinesfalls so (wenigstens auf den ersten Blick). Was er — obwohl nicht zum ersten — zum „vierten Blick“ tut, wird von der später darzulegenden vierten Stufe ersichtlich. Hier ist nur soviel festzustellen: es ist lebensfremd anzunehmen, daß wir zum Beispiel beim Ankauf eines Grundstückes im Auslande zwecks Errichtung einer Außenvertretung für den Kauf das materielle Recht des fraglichen ausländischen Staates anerkennen, für den etwaigen Rechtsstreit aber trotzdem feststellen, daß wir diesen zu Hause entscheiden, weil in Bezug der Rechtsstreite des Staates nur unser Forum anerkannt wird, wobei dieses Forum für die Angelegenheit eines *sui generis* staatlichen Organs unseres Landes ausländisches Recht anwenden würde. Es ist auch eine andere Auslegung möglich: die Geltendmachung eines ausländischen materiellen Rechts beansprucht zugleich ausländische Zuständigkeit, d. i. die funktionelle Immunität ist sowohl in Bezug des anzuwendenden Rechts, wie auch in Bezug der Zuständigkeit anzuwenden. Die allgemeinwirkende Salbe der vierten Stufe wird — wie wir sehen werden — diese Konstruktion unterstützen. Diese Interpretation wird ferner der Abs. 2 des fraglichen § 17 inspirieren, wonach die obige Hauptthese (und die Ausnahmen) nur im Falle der Gegenseitigkeit geltendgemacht werden können. Wie der Motivenbericht betont: „auf internationale-privatrechtliche Verhältnisse des ausländischen Staates ist das Recht des betroffenen Staates nur im Falle der Gegenseitigkeit anzuwenden“. Mit anderen Worten: nach außen werden wir im allgemeinen das ungarische Recht, also die funktionelle Anschauung anwenden, wir wissen ja, daß man im Auslande die Hauptthese des § 17, die mit der absoluten Immunität beginnt, nicht befolgt.

bb) In der zweiten Stufe — in der Art der Formulierung der *ausschließlichen ungarischen Zuständigkeit* — erscheint wieder ein Element aus der endgültigen kodifikatorischen Stellungnahme in Bezug der Immunität. Nach § 55 „kann ausschließlich ungarisches Gericht oder andere Behörde vorgehen. . . *d)* im Verfahren gegen den ungarischen Staat, ein Organ der Staatsmacht oder der Verwaltung, *e)* im Verfahren gegen einen ungarischen Staatsbürger, der im Auslande als diplomatischer Vertreter handelt, oder sonst Immunität von der Jurisdiktion genießt, wenn das Verfahren im Sinne eines internationalen Vertrages oder der Gegenseitigkeit im Auslande nicht eingeleitet werden kann“. Auf ersten Blick wieder eine strenge und eindeutige Rede: absolute Immunität nur mit sehr strikten Ausnahmen.

cc) Dasselbe offenbart sich — nur alles umgekehrt — im Falle der *aussgeschlossenen Zuständigkeit*, da das Gesetz in den Rechtsstreiten des ausländischen Staates nunmehr die ungarische Jurisdiktion ausschließt (§ 56). Wir sind zwar hier zu Lasten des fremden Staates ein wenig mutiger: wir verfahren in seinen Rechtssachen wenn er auf seine Immunität verzichtet, sogar wird in derselben Sache unser Forum für die Gegenklage als zuständig betrachtet (§ 57). Zu Lasten des ungarischen Staates würde der Kodex

auch unter diesem Titel kein Verfahren zulassen, obgleich dies aus seiner allgemeinen Rechtsfähigkeit zu jeder Zeit möglich ist.

Eine allgemeingültige Auflösung ist also nur im Wege des Verzichts möglich. Die durch internationalen Vertrag oder laut Gegenseitigkeit mögliche funktionelle Immunität kann sich nach dem Kodex nur auf diejenigen beziehen, die diplomatische Immunität genießen. Nur in ihren Rechtsstreiten kann ein anderer als eigener Staat vorgehen, wenn der konkrete Rechtsstreit aus einem Rechtsverhältnis entsand, in dem man in der Ausübung einer nicht diplomatisch-öffentlichrechtlicher, sondern handels- oder zivilrechtlichen Funktion handelte. Es ist bekannt, daß ein diesbezüglicher internationaler Vertrag, das Wiener Abkommen über die diplomatischen Beziehungen vom Jahr 1961 auch in Ungarn ratifiziert wurde. Der IPR-Kodex übernimmt in seinen Paragraphen 55 und 56 die entsprechenden Bestimmungen dieses Vertrages. Was ist aber in anderen Rechtsverhältnissen zivilrechtlicher Natur des Staates? Was geschieht, wenn man die im Kodex deklarierte ausschließliche Immunität nicht honoriert? Überhaupt, wie können wir erreichen, daß ein fremdes Forum seine eigene Zuständigkeit auf Grund des § 55 des ungarischen Kodexes einschränke? Es kann leicht vorkommen – sogar, wie wir es sahen, ist das wahrscheinlich – daß unsere ausschließliche Zuständigkeit eine einseitige Deklaration bleibt. Würden wir in diesem Falle als Erwidern die ausgeschlossene Immunität lockern? Das ist zufolge der stark eindeutigen Regelung kaum möglich. Das ungarische Recht würde sich also in eine ungleiche, also schwache Lage allen Staaten gegenüber versetzen, die auch Ungarn betreffend nach der funktionellen Immunität verfahren.

dd) Da kommt die vierte Stufe, wo das Gesetzbuch im § 72 schließlich mit allgemeinem Charakter deklariert, daß die gegen den ungarischen Staat im Auslande getroffene Entscheidung anerkannt werden muß – neben dem Verzicht auf die Immunität und einer solchen Bestimmung des internationalen Vertrages – auch im Falle der *Gegenseitigkeit*, genauer dann, wenn in der Angelegenheit „das ausländische Gericht oder eine ausländische Behörde ... wegen Bestehens der Gegenseitigkeit vorgehen konnte“. Die Gegenseitigkeit bezieht sich hier nicht auf die zivil- oder handelsrechtliche Rechtssachen der Organe die diplomatische Immunität genießen, sondern auf die zivilrechtliche Rechtsstreite aller Staatsorgane (man hat Zivilrechtssache zu verstehen, obgleich die fraglichen Gesetzesstelle „zivilrechtliche“ oder andere Einschränkung ähnlichen Inhalts nicht beinhaltet). Dazu, daß das Forum eines fremden Staates in einer zivilrechtlichen Rechtssache des ungarischen Staates auf Grund der Gegenseitigkeit verfahren könne, ist es sinngemäß notwendig, daß in der zivilrechtlichen Rechtssache des fremden Staates auch der ungarische Staat dasselbe tue. Das ist, was diese Gesetzesstelle sagen will. Kompliziert wohl, aber hier sind wir bei der gegenseitig zugelassenen funktionellen Immunität: der Kodex empfiehlt hier quasi die Gegenseitigkeitspraxis der funktionellen Immunität. Besonders hat man dieses Öffnen durch das Tor der Reziprozität so aufzufassen, wenn wir berücksichtigen, daß man

die Gegenseitigkeit nach der allgemeinen Regel des Kodexes im allgemeinen zu präsumieren hat: „Wenn eine Rechtsregel die Anwendung des ausländischen Rechts von der Gegenseitigkeit abhängig macht — sagt § 6, Abs. 2 — hat man die Gegenseitigkeit bis zum Beweis des Gegenteils als bestehend zu betrachten“. Das ist eine so allgemeine Bestimmung des neuen Kodexes des internationalen Privatrechts, daß sie auch in Bezug des angeführten Satzes des § 72 mit diesem Inhalt zu verstehen ist. Der Ausdruck „auf Grund der Gegenseitigkeit kann auch ein ausländisches Gericht... verfahren“ umfaßt ja — wenn es wohl die Anerkennung der Zuständigkeit bedeutet, also strikt ausgelegt eine Jurisdiktionsnorm darstellt — in dem gegebenen Kreise auch die Anwendung beziehungsweise die Annahme der dies bezweckenden ausländischen rechtlichen Regelung.

Aus all diesen Umständen folgt unserer Meinung nach, daß man in den Zivil- und handelsrechtlichen Rechtsverhältnissen alle Umstände des Falles berücksichtigend — folgendermaßen vorgehen kann: 1. man kann auch die ausländische Beurteilung der fraglichen Rechtsstreite annehmen, die ansonsten in den Kreis der ausschließlichen ungarischen Zuständigkeit gehören, 2. nachdem dies auf der Gegenseitigkeit beruht, kann auch das ungarische Gericht den Zivilrechtsstreit eines solchen ausländischen Staates beurteilen, der ansonsten in den Kreis der ausgeschlossenen Zuständigkeit gehörte. Die Gegenseitigkeit ist also — neben den Verzicht auf die Immunität — die andere Hauptkategorie, die andere allgemeine Auflösung. Die laut ungarischen Interessen rationelle Anwendung dieser Lösung ist es, die man nach der dargelegten Regelung des Kodexes in der Rechtspflege zu fördern hat.

16. *Die Anerkennung und Vollstreckung der ausländischen Urteile und Entscheidungen ist* — wie auch in inländischer Beziehung — *wenigstens das Omega* — für jeden vor das Gericht oder vor eine andere Behörde kommenden Rechtsstreit.

a) In der rationellen Verwirklichung eines auch internationales Element beinhaltenden Rechtsverhältnisses ist natürlich nicht das Gerichtsurteil die alleinige Garantie. Die in den Bereich der international-privatrechtlichen und international-wirtschaftlichen Beziehungen gehörenden Geschäfte werden meistens auf Grund freiwilliger Rechtsbefolgung verwirklicht. Die Rolle des Rechts ist in diesem Zusammenhang die Bedingungen, Verfahrensformen, zu befolgenden Verhalten zu bestimmen, die es von den einzelnen Rechtssubjekten erwartet. Das Recht organisiert, fördert also die fraglichen Formen der internationalen Beziehungen. Die staatliche Zwangsmaßnahme, das Gerichtsurteil oder die Entscheidung anderer Organe und deren Vollstreckung sind nur ultima ratio — wie die schöne lateinische Formulierung der Gewalt in der internationalen Politik lautet: „ultima ratio regis“. In diesem Sinne muß man sagen, daß die Anerkennung und Vollstreckung der ausländischen Urteile wenigstens Omega der vor das Gericht gebrachten Rechtsstreite ist. Ohne Anerkennung und Vollstreckung der ausländischen Urteile würde der ganze rechtliche Mechanismus funktionsunfähig sein.

Neben der allgemeinen Erscheinung der freiwilligen Rechtsbefolgung

müssen wir nach darauf hinweisen, daß die Moral der freiwilligen Erfüllung in den internationalen handelsrechtlichen Streitfällen — insbesondere seitens der sozialistischen Länder — sehr stark ist. Das folgt auch aus dem wirtschaftlichen Umstand, daß eine Firma, die ihre Verpflichtungen mißachtet, besonders solche die sie zufolge eines Gerichtsurteils erfüllen müßte, auf dem internationalen Markt in eine sehr schwere Lage versetzt wird. Doch kommt es zu Zwangsmaßnahmen, zum Beispiel zu Vollstreckung, eventuell gegen einen zahlungsunfähigen Schuldner. In anderen Angelegenheiten — familiensrechtlichen Fällen, Unterhalts- und Unterbringungsprozessen — ist die gerichtliche Maßnahme und deren Vollstreckung noch häufiger.

Die ausländischen Urteile und Entscheidungen können selbstverständlich nicht nur als rechtliche Angelegenheiten betrachtet werden. Der Grund liegt auf der Hand: wenn die Gerichtsurteile und behördlichen Entscheidungen nötigenfalls nicht vollstreckbar wären, würde der internationale wirtschaftliche und Personenverkehr versagen. Obgleich, wie wir auch in ungarischer Beziehung sehen werden, die innere Gesetzgebung im Interesse der Anerkennung und Vollstreckung bedeutend ist, entfaltete sich auf diesem Gebiet eine beachtliche internationale Kodifizierung. Eine Gruppe der in diesem Kodifikationsvorgang entstandenen Vereinbarungen bildet die Kategorie der Rechtshilfeabkommen, in eine andere Gruppe gehören die Abkommen des internationalen Handels, während eine dritte Gruppe besteht aus solchen internationalen Verträgen, die auf anderen Gebieten die Vollstreckung ausländischer Urteile und behördlicher Entscheidungen regeln. Darunter sind zum Beispiel nicht weniger bedeutende Abkommen, wie zum Beispiel das Haager Abkommen über Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen in Unterhaltsprozessen, das mit der Gesetzesverordnung Nr. 7 vom Jahre 1965 verkündet wurde, oder das New Yorker Abkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche, das mit der Gesetzesverordnung Nr. 25 vom Jahre 1962 in Ungarn ratifiziert wurde.

b) Sowohl die Theorie wie auch die Praxis (ebenso die ungarische Kodifikation) unterscheiden zwischen *Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile*. Obgleich die Vollstreckung die Anerkennung als Bedingung voraussetzt, bildet die letztere an und für sich ein selbständig bestehendes wichtiges Institut. Der überwiegende Teil der ausländischen Urteile — wie in allgemeinen aller Urteile — wird ohne Vollstreckung erfüllt. Das gilt für die ausländischen Urteile in Bezug der inländischen Aspekte in dem Falle, wenn deren Geltung auch im Inland anerkannt wird. Durch Anerkennung und ohne Vollstreckung werden folgende Urteile wirksam: Feststellungsurteile (gerichtliche Feststellung der Vaterschaft), Urteile und ausländische Entscheidungen die über den Personenstand gefällt und getroffen wurden (zum Beispiel Ehescheidungsprozesse, Entscheidungen in Adoptionsfällen u.s.w.), Auflösung, Liquidierung von Handelsgesellschaften (Unternehmen), also die sogenannten konstitutiven Entscheidungen die dem Rechtstatus der betroffenen meritorisch ändern. Zahlreiche, sogar vielleicht die meisten vermögensrechtlichen Urteile

kommen gleichfalls ohne Vollstreckung durch freiwillige Befolgung zur Geltung. Das Urteil, das den Rechtsstreit mit der Abweisung der Klage abschließt, bedarf keiner Vollstreckung. Die Anerkennung bedeutet im Falle solcher ausländischen Entscheidungen, daß wir die in diesen festgestellten rechtlichen Situationen auch hinsichtlich der inländischen Folgen als anzuerkennend betrachten. Wenn zum Beispiel das sowjetisch-ungarische Rechtshilfeabkommen erklärt, wie es tatsächlich der Fall ist, daß Scheidungsurteile beide Vertragsstaaten gegenseitig anerkennen, kann das sowjetische Urteil der ungarischen Prozeßpartei in Scheidungsprozeß ungarischersits nicht strittig gemacht werden (scharf formuliert: sie muß sich nicht auch zu Hause scheiden lassen), die ungarischen Organe (Standesämter) haben ihre Ehefähigkeit anzuerkennen. Es ist eine andere Frage, daß das Standesamt das zuständige Organ (Justizministerium, Amt der Ratsorgane) zwecks einer Erklärung ersuchen kann; zwecks jener nämlich, dass die Anerkennung des Urteils nach den Rechtshilfeabkommen entsprechend rechtmäßig ist.

Die Vollstreckung bedeutet aber mehr. Sie bedeutet einerseits die Untersuchung des Umstandes, ob das Urteil auf Grund des inneren Rechts oder eines internationalen Vertrags anzuerkennen ist. Andererseits, ob das ersuchte Heimatsorgan auf Grund des inneren Rechts oder eines internationalen Abkommens auch die notwendigen staatlichen Zwangsmaßnahmen einzuleiten hat. Die letzteren sind siingemäß im Falle solcher rechtsordnenden Entscheidungen begründet, die begrifflich verschiedene Maßnahmen, zum Beispiel Leistung einer Zahlung notwendig machen, da der Schuldner freiwillig zu zahlen nicht geneigt ist. Die Vollstreckung taucht in diesem Sinne entscheidend in vermögensrechtlichen Angelegenheiten auf.

Nachdem die Vollstreckung staatliche Zwangsmaßnahmen bedeutet, ist auch ihr Bedingungssystem anders als des der Anerkennung; unter anderem ist auch darin das verschiedene Gepräge der zwei Institute zu sehen. Während die Bedingung der Anerkennung im allgemeinen nur darin besteht, daß es nicht um einen Rechtsstreit handele, für den das innere Gericht abschließliche Kompetenz gehabt hätte (§ 70 des Kodexes), setzt die Vollstreckung einen internationalen Vertrag oder eine entsprechende Praxis der Reziprozität voraus (§ 74 des Kodexes).

c) Die innere Regelung der *Anerkennung* ausländischer Einrichtungen finden wir unter dem Titel „Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen“ in § 70–73 des Kodexes. Die Hauptbestimmungen könnten wir wie folgt zusammenfassen.

aa) Im Sinne der Hauptregel „müssen die Entscheidungen ausländischer Gerichte oder anderer Behörden, wenn diese Gesetzesverordnung keine entgegengesetzte Bestimmung beinhaltet, in solchen Angelegenheiten anerkannt werden, für die kein ungarisches Gericht oder andere Behörde ausschließliche Zuständigkeit hat“ (§ 70, Abs. 1). Das bedeutet also, daß in solchen Rechtsstreiten, in denen die Zuständigkeit des ungarischen Gerichts ausschließlich ist, worüber wir oben berichteten (§ 109), die ausländische Entscheidung in Ungarn nicht auerkannt werden kann.

Das bedeutet natürlich nicht, daß solche Entscheidungen in Auslande nicht wirksam wären, der Kodex betrachtet sie nur in Bezug der Folgen in Ungarn als irrelevant.

In einer solchen Lage ist das gesuchte rechtliche Ziel im allgemeinen nur dadurch zu erreichen, daß die Parteien in der Angelegenheit auch in Ungarn ein Verfahren in die Wege leiten. In Ungarn wird die das so angeregte Verfahren abschließende Entscheidung maßgebend sein.

bb) Nachdem also die ausschließliche Zuständigkeit eine solche doppelte Situation zustande bringen kann (ein ausländisches und ein inländisches Urteil), nachdem ferner der wachsende internationale Verkehr die Tendenz der möglichen rechtlichen Vereinheitlichung fördern, werden die ausländischen Entscheidungen auch in zahlreichen solchen Kategorien anerkannt, in denen das Recht grundsätzlich die innere Zuständigkeit beansprucht hätte. Die Zahl und Gewicht der *Ausnahmen* von der Hauptregel wächst. Diese Tendenz spiegelt sich auch im ungarischen Kodex. Absatz 2 des § 70 besagt nämlich, daß es in Fällen ausnahmsartig festgesetzter Bedingungen auch in solchen Rechtsstreiten zur Anerkennung der ausländischen Entscheidung kommen kann, die ansonsten in die ausschließliche ungarische Kompetenz gehören. Die Entfaltung dieses Satzes finden wir in § 71 und den darauffolgenden Paragraphen.

aaa) Für den Kreis der den Personenstand betreffenden Prozesse wird im § 71 besagt, daß ausländische Entscheidungen in folgenden Angelegenheiten anerkannt werden müssen: *i)* Ehescheidungsprozeß eines ungarischen Staatsbürgers, der seinen Wohnsitz in Auslande hat, *ii)* Entmündigung, Aufhebung der Entmündigung in Falle eines im Auslande wohnenden ungarischen Staatsbürgers, *iii)* Genehmigung und Aufhebung der Adoption eines ungarischen Staatsbürgers durch ein ausländisches Gericht oder andere Behörde, vorausgesetzt, daß der Annehmende ausländischer Staatsbürger ist, und die ungarische Vormundschaftsbehörde die Adoption gutgeheißen hat.

bbb) So muß man als Fortsetzung der obigen die Entscheidung des ausländischen Gerichts oder anderer Behörde anerkennen, die gegen den *Ungarischen Staat* oder einen ungarischen Staatsbürger der im Auslande als diplomatischer Vertreter fungiert, oder sonst die Immunität genießt, vorausgesetzt, daß der Ungarische Staat auf die Immunität ausdrücklich verzichtet hat, oder im Falle der Gegenseitigkeit auch das ausländische Gericht oder eine andere Behörde vorgehen kann; in dem Falle muß in demselben Rechtsverhältnis auch die Gegenklage — Entscheidung anerkannt werden. Die Vollstreckung der Entscheidung in einen solchen Verfahren ist aber nur dann möglich, wenn der Ungarische Staat auch auf die Immunität von der Vollstreckung ausdrücklich verzichtet hat. In diesen Regeln handelt es sich wieder, wie ersichtlich um eine Seite der Immunität, deren umfassende Erörterung wir oben vornehmen konnten.

Aber auch die nach den obigen anzuerkennenden Entscheidungen können nicht anerkannt werden — wie es im § 73 des Kodexes besagt wird — „wenn *a)* die Anerkennung der Entscheidung gegen die ungarische öffentliche Ordnung verstoßen würde, *b)* wenn das Gericht auf Grund einer

Zuständigkeit vorging, die nach dem Recht des ausländischen Staates nicht einmal gegen seine eigene Staatsbürger (juristische Personen) zulässig ist, c) die Partei, gegen die die Entscheidung getroffen wurde, am Verfahren weder persönlich, noch durch ihren Vertreter teilnehmen konnte, ob wegen der Unregelmäßigkeit des Verfahrens, ob deswegen weil die Ladung auf ihrem Wohnort (Sitz) ihr oder ihrem Beauftragten nicht zugestellt wurde, d) wenn das ungarische Gericht auf Grund des gleichen Sachverhalts über das gleiche Recht zwischen den gleichen Parteien bereits früher eine rechtskräftige Entscheidung getroffen hat, e) wenn vor der Eröffnung des ausländischen Verfahrens vor einem ungarischen Gericht oder anderer Behörde in der Beziehung der gleichen Parteien auf Grund des gleichen Sachverhalts im Hinblick auf das gleiche Recht ein Verfahren eröffnet worden ist.“

d) Die wichtigeren Bestimmungen über die *Vollstreckung* der ausländischen Urteile und Entscheidungen waren bis zum Erscheinen des Kodexes in der Zivilprozeßordnung und in der früheren Rechtsregel über die Vollstreckung (Gesetzesverordnung Nr. 21. vom Jahre 1955) gegeben. § 361 der ZPO besagt, daß die Normen der gerichtlichen Vollstreckung im allgemeinen auch auf die Geltung und Vollstreckung der Schiedsgerichtsurteile maßgebend sind. In Bezug der Urteile des Schiedsgerichts der Handelskammer wird diese Regel im § 364 wiederholt. Alle andere Vollstreckungsbestimmungen waren in der Gesetzesverordnung über die Vollstreckung zu finden, in dessen langen § 209. Nachdem man aber bei der Kodifikation unter anderem das Prinzip durchsetzen wollte, daß das Gesetzbuch des internationalen Privatrechts alle hierher gehörenden, aber bisher in anderen Rechtsregeln verstreut auffindbaren Regel umfassen soll, wurden auch die Normen der Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile und Entscheidungen im Neuen IPR-Kodex geregelt (Kapitel IX). Nachdem ferner 1979 ein neues Vollstreckungsgesetz erschien, (Gesetzesverordnung Nr. 18. vom Jahre 1979), das auch nach dem Gesetzbuch über das internationale Privatrecht geschaffen wurde, war es logisch darin auf das entsprechende Kodex-Kapitel zu verweisen, und die früheren Normen des Vollstreckungsgesetzes über die Bedingungen der Vollstreckung ausländischer Urteile im neuen Gesetz nicht mehr zu wiederholen. Das ist die Erklärung des Hinweises der neuen Vollstreckungsordnung im § 113 auf die „Sonderregelung“ („Die Entscheidung eines ausländischen Gerichts oder Schiedsgerichts kann in dem Falle vollstreckt werden, wenn dies durch eine Sonderregelung möglich gemacht wird.“). Wie der bezügliche Teil des Motivenberichts sagt: „In Bezug der Bedingungen der Vollstreckung weist der Entwurf auf eine Sonderregelung hin. Diese Sonderregelung ist in erster Linie die Gesetzesverordnung Nr. 13. vom Jahre 1979 über das internationale Privatrecht.“

Was sagt nunmehr das Gesetz über das internationale Privatrecht? Es handelt sich wirklich um die eindeutigen gesetzlichen Bedingungen der Vollstreckung. Der Text des Kodexes (§ 74) lautet: „Die rechtskräftige Entscheidung eines ausländischen Gerichts oder anderen Behörde über einen vermögensrechtlichen Anspruch oder über die Unterbringung eines Kindes

können im Falle eines internationalen Vertrages oder der Gegenseitigkeit vollstreckt werden.“ Absatz 3 macht klar, daß die Vollstreckungsbestimmungen sich auch auf die Schiedsgerichtsentscheidungen beziehen. Durch die angeführte Regel wird klar „mitgeteilt“, daß die Entscheidung eines ausländischen Gerichts in Ungarn nicht ohne weiteres vollstreckt werden kann, worin das ungarische Recht nur der allgemeinen internationalen Praxis folgt. Sie bedeutet jedoch nicht, daß das ungarische Recht die Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Ungarn als Hauptgrundsatz ablehnt. Es erübrigt sich auf die inhaltlichen Gründe hinzuweisen, die wir oben ohnehin erörtert haben. Die früher erwähnte Bestimmung der Rechtsnorm faßt die Bedingungen zusammen, bei deren Vorhandensein der ungarische Staat auch die Zwangsmaßnahmen der Staatsorgane in Anspruch nimmt um die in dem betroffenen Urteil vorgesehene materiell-rechtliche Regelung zu verwirklichen. Die Bedingungen: 1. Die Entscheidung muß vermögensrechtliche Ansprüche zum Gegenstand haben (einzige Ausnahme im Bereich der immateriellen Rechtsstreite bildet die Unterbringung eines Kindes), 2. sie muß rechtskräftig sein, 3. die Anordnung und Durchführung der Vollstreckung muß ein gültiger internationaler Vertrag mit dem Staat des ausländischen Gerichts vorschreiben, 4. oder mangels eines solchen Vertrages muß die Gegenseitigkeit in der Vollstreckung der Entscheidungen durch den Justizminister bestätigt werden (§ 74, Abs. 2 beansprucht nämlich das tatsächliche Bestehen der Reziprozität, die einfache Vermutung ist also nicht genügend: „Das Bestehen der Gegenseitigkeit wird durch den Justizminister in einer für die Gerichte oder andere Behörden verbindlichen Erklärung bestätigt“). Der zweite Satz von § 74, Abs. 2 ist eigentlich schon eine Überversicherung, wonach „auch im Falle der Gegenseitigkeit kann keine Vollstreckung stattfinden, wenn die Entscheidung des ausländischen Gerichts oder anderer Behörde auf Grund der Gesetzesverordnung nicht anerkannt werden kann“. Es liegt nämlich auf der Hand, daß die Vollstreckung eines Urteils das nicht anerkannt werden kann, schon begrifflich unmöglich sein muß.

e) *Von den internationalen Verträgen, die in den Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, des Außenhandels gehören*, ist an erster Stelle das RGW-Abkommen über die Schiedsgerichtsbarkeit vom Jahre 1973, als für Ungarn auch wegen der Häufigkeit der praktischen Anwendung internationales Instrument zu erwehnen. Die wichtigsten meritorischen Bestimmungen des Abkommens betreffen die Anerkennung und Vollstreckung der Schiedsgerichtsurteile — im allgemeinen der Entscheidungen des Schiedsgericht der nach den Sitz der jeweiligen beklagten Partei zuständigen Handelskammer. Die Hauptregel wird im Artikel IV formuliert, wonach nämlich die Entscheidungen der Schiedsgerichte endgültig und verbindlich sind, die Parteien führen sie freiwillig durch. Die Anerkennung und Vollstreckung betreffend lautet der zweite Absatz desselben Artikels, daß die Entscheidungen der Schiedsgerichte ohne jedes weiteres Verfahren als anerkannt betrachtet werden, und in allen Vertragsstaaten vollstreckbar sind, ebenso wie die rechtskräftigen Entscheidungen der staatlichen Gerichte des Erfüllungsstaates“. Die dritte

ähnlich bedeutende Vorschrift des Artikels im fünften Absatz besagt, daß man die Vollstreckung der durch die Schiedsgerichte gutgeheißenen Entscheidungen und Vergleiche binnen zwei Jahren beantragen kann. Die vierte Regel ist schon im V. Artikel zu finden, wonach die Ablehnung der Vollstreckung einer schiedsgerichtlichen Entscheidung ausnahmsweise in folgenden Fällen möglich gemacht wird: 1. Wenn die Entscheidung mit Verletzung der im Abkommen geregelten Kompetenzen getroffen wurde, 2. oder diejenige Partei, gegen die die Entscheidung getroffen wurde, beweist, daß sie ihre Rechte wegen Verletzung der Verfahrensregel des Schiedsgerichtes, oder zufolge anderer Umstände, die sie nicht abwenden und darüber das Schiedsgericht nicht verständigen konnte, ihre Rechte zu verteidigen nicht imstande war, 3. oder die Partei, gegen die die Entscheidung getroffen wurde, beweist, das man die Entscheidung auf Grund der inneren Rechtsnorm des Staates wo das Urteil gefällt wurde, außer Kraft gesetzt, oder seine Vollstreckung ausgesetzt hat.

Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit wird auch in außenhandels-geschäften außerhalb der Wirtschaftsbeziehungen der RGW-Staaten häufig in Anspruch genommen — und zwar sowohl in der institutionellen Form, wie durch ad hoc Schiedsgerichte. Diesbezüglich wurde das Abkommen von New York über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedsgerichtsurteile in der Gesetzesverordnung Nr. 25 vom Jahre 1962 promulgiert. Die Hauptbestimmungen des Abkommens sind: 1. einerseits wird das Recht der Parteien zum Schiedsgerichtsverfahren durch die Vertragsstaaten anerkannt, 2. nach der anderen zentralen Regel des Abkommens „werden die Schiedsgerichtsentscheidungen durch alle Vertragsstaaten verbindlich anerkannt, und nach den Verfahrensregeln desjenigen Gebieten vollstreckt, wo die Anerkennung und Vollstreckung der Schiedsgerichtsentscheidung beantragt wird“ (Artikel III). 3. Wir haben ferner auf die Bedingungen hinzuweisen, die die Ablehnung der Anerkennung und Vollstreckung auch hier ermöglichen. Das sind vielerlei. Die wichtigeren sind: Mangel der Haadlungsfähigkeit, Versäumnis der Benachrichtigung in Zusammenhang mit der Nominierung des Schiedsrichter, Urteilsfällung in einem Rechtsstreit, worauf die Schiedsklausel des Vertrages nicht anzuwenden war, die Zusammensetzung und das Verfahren des Schiedsgerichts entsprechen nicht der Vereinbarung der Parteien, die Schiedsgerichtsentscheidung ist noch nicht verbindlich geworden, oder die zuständige Behörde des Landes, in dem oder dessen Recht bei der Urteilsfällung angewendet wurde, die Entscheidung außer Kraft gesetzt oder suspendiert hat.

Die gegenseitige Vollstreckung von ausländischen Urteilen im Kreise des internationalen Wirtschaftsverkehr ist ferner noch auf Grund des Artikels 56. des Berner Abkommens vom Jahre 1961 über Warentransport auf der Bahn möglich, nachdem es in Ungarn in der Gesetzesverordnung Nr. 30. vom Jahr 1964 promulgiert wurde.

f) Von den *vielen anderen internationalen Vereinbarungen* die auch die Anerkennung und Vollstreckung von ausländischen Urteilen und behördlichen Entscheidungen regeln,

aa) sind vor allen Dingen die Rechtshilfeabkommen zu erwähnen. Die Bedingungen der gegenseitigen Anerkennung und Vollstreckung der vermögensrechtlichen Entscheidungen werden in den mit allen europäischen sozialistischen Staaten bestehenden bilateralen Rechtshilfeabkommen eingehend geregelt, obgleich diese einerseits im Wortlaut, andererseits in gewissen Zusammenhängen bedeutende Abweichungen aufweisen. Eines ist aber in ihnen gemeinsam: die in zivil- und familienrechtlichen gefällten Urteile werden ohne meritorische Revision anerkannt und vollstreckung ist im allgemeinen das Recht des Landes maßgebend, dessen Organ die Vollstreckung durchführt. Die Abkommen regeln auch den Prozess der Anordnung der Vollstreckung eingehend wie zum Beispiel die zum Antrag beizufügenden Abschriften und Dokumente, welche Einwände ih Bezug den Vollstreckung gemacht werden können, beziehungsweise in welchen Fällen die Anerkennung und Vollstreckung der ausländischen Entscheidung ausnahmsweise verweigert werden kann (das sind die schon bekannten Fälle: wenn die Entscheidung nicht rechtskräftig ist, wenn der Schuldner ohne sein eigenes Verschulden am Verfahren nicht teilgenommen hat, wenn es um *res judicata* handelt).

bb) Relativ viele bilaterale Verträge beziehen sich auf die Vollstreckung der Prozeßkosten, der Entscheidungen und Vergleiche in Nachlaßverfahren und anderen konkreten Rechtsstreiten (solche bilaterale Verträge sind zwischen Ungarn und zahlreichen sozialistischen und nicht sozialistischen Ländern in Kraft).

cc) Besonders erwähnenswert ist das Haager Prozeßrechtabkommen, das in Ungarn durch die Gesetzesverordnung Nr. 8 vom Jahre 1966 verkündet wurde. Die meisten Bestimmungen dieses multilateralen Vertrages zielen auf die Anerkennung und Vollstreckung der Entscheidungen, die Verurteilung zu den Prozeßkosten beinhalten, ab. Die zuständige Behörde erklärt die Prozeßkosten — auf Antrag, der auf diplomatischem Wege unterbreitet wird — kostenlos für vollstreckbar, und führt die Vollstreckung durch.

dd) Schließlich müssen wir das durch die Gesetzesverordnung Nr. 7 vom Jahre 1965 auch in Ungarn promulgierte Kinderunterhaltsabkommen von Haag erwähnen. Das Abkommen bestimmt, daß die Vertragsstaaten die beiderseitige Anerkennung und Vollstreckung solcher Urteile gewähren, die auf internationalen oder inländischen Antrag in Bezug des Unterhaltsanspruchs von ehelichen oder unehelichen, beziehungsweise adoptierten nicht verheirateten Kindern unter 21 Jahren gefällt wurden. In den Vertragsstaaten können solche Urteile ohne meritorische Revision anerkannt und vollstreckt werden, wenn 1. die Behörde die die Entscheidung traf, dafür zuständig, 2. und die Ladung ordnungsgemäß war, 3. die Entscheidung rechtskräftig ist, 4. wenn keine *res judicata* feststellbar ist, 5. wenn die Entscheidung nicht gegen die öffentliche Ordnung desjenigen Staates verstößt, in dem man diese geltendmachen will.

Es muß nicht separat betont werden, daß dieses multilaterale Abkommen zufolge des immer größeren internationalen Personenverkehrs eine große Bedeutung hat; daher sind neben Ungarn zahlreiche Staaten

dem Abkommen beigetreten. Wenn eine solche Vollstreckung zu Lasten einer ungarischen Partei erfolgt, wird die Transferierung mittels devisenbehördlichen Verfahrens im Wege der Ungarischen Außenhandelsbank durchgeführt.

g) Wir haben schon früher darauf hingewiesen, wie die *Vollstreckung im Inland* erfolgt, in dem konkreten Fall in der Form der Transferierung des Unterhaltsbeitrags des Schuldners in Ungarn. Die allgemeine Regel wird im § 210 des Vollstreckungsgesetzes formuliert: 1. die ausländische Entscheidung wird auf Grund eines Vollstreckungsblattes vollstreckt. 2. Das Blatt wird im Zuge des Vollstreckungsverfahrens durch das nach Wohnsitz des Schuldners zuständige Kreisgericht ausgestellt, wenn es sich um einen allgemeinen zivil- beziehungsweise vermögensrechtlichen Anspruch handelt. 3. Wenn das Vollstreckungsverfahren auf Grund eines ausländischen Schiedsgerichtsurteils erfolgt, und es freilich um einen vermögensrechtlichen Anspruchs geht, wird das Vollstreckungsblatt auf Grund des Urteils oder des Vergleichs des Schiedsgerichtes durch das Hauptstädtische Gericht ausgestellt. Im weiteren erfolgt die Vollstreckung des Urteils im Wege des im inländischen Recht gewohnten Verfahrens. Wenn der Vollstreckungsschuldner in Ungarn ist, kann der ausländische Berechtigte über die eingetriebene Geldsumme mit Rücksicht auf die devisenrechtlichen Vorschriften verfügen.

FUßNOTEN

¹ S. *Ehrenzweig A. A.*: Private International Law, General Part. Sijthoff-Leiden, Oceana-Dobbs Ferry, NY, 1967, pp. 20 et seq.; Ehrenzweig hat seine Stellungnahme am eindringlichsten und in einer quasi thesenartigen Zusammenfassung in dem Aufsatz dargelegt, in der er zu der italienischen internationalen Kodifikation – auf wiederholte Aufforderung folgendes schrieb: „Codification in this area must fail insofar as it exceeds the regulation of highly specific questions because private international law is not 'a legal subject' accessible to systematic treatment as a whole. Analytically speaking, in the absence of a superlaw (treaty or international custom recognizing a-priori competences), conflicts solutions can be derived only from the interpretation of each substantive rule of the forum whose application or non-application is sought because of the presence of a foreign element“ *Prospettive del diritto internazionale privato. Un simposio*. Milano Dott. A. Giuffrè Editore, Osservazioni del Prof. Albert A. Ehrenzweig, p. 301.

² *Juenger, F. K.*: The Conflicts Statute of the German Democratic Republic: An introduction and Translation. Am. J. C. L. 25(1977), p. 333.

³ Ebenda, p. 333.

⁴ S. *Mádl, F.*: Újabb szakaszban egy korszerű magyar nemzetközi magánjogi kódexért. (In einem neueren Abschnitt für einen neuen, modernen Kodex des internationalen Privatrechts.) Jogtudományi Közlöny, Bd. 1978, Nr. 11., p. 639 et seq., besonders Teil III, p. 643.

⁵ S. *Mádl, E.*: Das erste ungarische Zivilgesetzbuch im Spiegel der Gesichte der zivilrechtlichen Kodifikation. (Im Band „Das ungarische Zivilgesetzbuch in fünf Studien“, Akadémiai Kiadó, Budapest 1963.) besonders dem Teil „Die drei Abschnitte der bürgerlichen Kodifikation“, p. 51 ff.

⁶ *Szászy, I.*: Magyar nemzetközi magánjog. Törvénytervezet és indoklás. (Ungarisches internationales Privatrecht. Gesetzesentwurf und Motivenbericht.) Egyetemi Nyomda, Budapest 1948, 174. p.

⁷ Tervezet Magyarország nemzetközi magánjogi törvényéhez. (Entwurf zum Gesetzbuch Ungarns über das internationale Privatrecht). Veröffentlichung des Instituts für Staats- und Rechtswissenschaft der Ungarischen Wissenschaftlichen Akademie, 1968, 20 p.

⁸ Ebenda p. 3.

⁹ Vékás, L.: Zur Kodifikation des ungarischen internationalen Privatrechts. Manuskript im Druck, 1979, p. 5.

¹⁰ Gutzwiler, M.: Geschichte des Internationalprivatrechts. Von den Anfängen bis zu den grossen Kodifikationen. Helbing und Lichtenhann, Basel-Stuttgart 1977, der Teil über Voet „Die Comitas“ p. 150 ff.

¹¹ S. diese Bewertung im Werk Private International Law von Ehrenzweig (zit. Note 1.) pp 57–58. S. ferner ihre ausführliche Analyse in: Ferenc Mádl: Struggle with Reality in Private International Law. Evolution of the Theory of PIL and its Current Trends, Acta Juridica, 1969, p. 153 ff., hauptsächlich p. 157.

¹² István Szász: Jogszabály-összeütközések (Rechtsnormenkollisionen). Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó, Budapest 1973, p. 68.

¹³ Zur Analyse der transnationalen rechtlichen Theorie E. Langen: „Transnational Commercial Law“ (1973) und Ehrenzweig, A. A.: Specific Principles of Private Transnational Law (1968) kritisch darstellend s. Mádl, F.: Összehasonlító nemzetközi magánjog. A nemzetközi gazdasági kapcsolatok joga. (Vergleichendes internationales Privatrecht.) Das Recht der internationalen Wirtschaftsbeziehungen (Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó, Budapest 1978) Insbesondere p. 26. ff. „Az új – transznacionális koncepció rövid összegezésben“ (Die neue transnationale Konzeption in kurzer Zusammenfassung).

¹⁴ BVerfGE 31, 58, RabelZ 36(1972), p. 145. Eine ausführliche Analyse des Urteils bieten in der angeführten Nummer von RabelZ p. 1. ff: Heinrich, Jayme, Kegel, Lüderitz, Makarov, Klaus, Müller, Neumayer, Siehr, Wengler, Neuhaus.

¹⁵ Vgl. hierzu das Werk von Mádl, F.: in Note 13. insbesondere im Kapitel „Az új és korábbi nemzetközi magánjogi koncepciókról“ (Über die neuen und früheren Konzeptionen des internationalen Privatrechts.) p. 17. ff., ferner F. K. Juenger: Zum Wandel des Internationalen Privatrechts. Juristische Studiengesellschaft. Karlsruhe 113, Müller Verlag 1974, p. 44.

¹⁶ „Die künstliche Ausdehnung der lex ist die letzte Zuflucht des Kollisionsrechts an seinem Endpunkt ehe seine Verneinung“, E. Rabel: Die deutsche Rechtsprechung in einzelnen Lehren des Internationalen Privatrechts, RabelZ 3(1929), p. 572. ff.

¹⁷ Der jugoslawische Entwurf wurde im Heft 7/1974. des „Prinosi za poredbeno procavajanje prava i medjunarodno privatno pravo“ veröffentlicht (p. 77 ff.), in deutscher Übersetzung: Jahrbuch für Ostrecht, VI/2, 1975, pp. 189–214.

¹⁸ Vgl. für die Bearbeitung dieser These von Kelsen in der ungarischen Literatur Peschka, V.: A modern jogfilozófia alapp problémái (Grundprobleme der modernen Rechtsphilosophie). Gondolat, Budapest 1972, pp. 42–43. Die These von Holmes: „The life of the law has not been logic, it has been experience“, Holmes: The Common Law. 1881, p. 1.

¹⁹ Ehrenzweig, A. A.: Conflicts in a Nutshell. West Publishing Co. St. Paul, Minn. 1965, p. 67: „Renvoi is possible and meaningful where the rationale of the forum's choice of law rule would be defeated by the non-application of the foreign conflicts rule“.

²⁰ Zur mehr ausführlichen Analyse dessen s. Mádl, F.: op. cit. in Note 13, pp. 148 ff.

²¹ S. Teil c) obigen Punktes 8.

²² Zur Analyse s. Mádl, F.: op. cit. in Note 13., („Változások a felelősség és a kártérítés világában“ Wandlungen in der Welt der Haftung und des Schadenersatzes), p. 158. ff.

²³ Mádl, F.: Az állam a gazdaságban és az immunitás problémái, különös tekintettel a gazdasági integrációra. (Der Staat in der Wirtschaft und die Probleme der Immunität, mit besonderer Rücksicht auf die wirtschaftliche Integration.) Jogtudományi Közlöny Bd. 1974, Nr. 6., p. 265. ff.

²⁴ S. darüber den in obiger Note 4 angeführten Aufsatz, über einzelne strittige Fragen der Kodifikation so auch über die Immunität, p. 650. ff.

THE FIRST HUNGARIAN CODE ON PRIVATE INTERNATIONAL LAW

by

PROF. FERENC MÁDL

Summary

July 1, 1979 the first Hungarian code on private international law entered into force. The first part of the study deals with the codification process of this field of law. The second part projects the system of the code. The third part deals first the main principles and institutions of the code (characterization, renvoi, non-application of foreign law etc). Then the author discusses the main so-called special part issues of the regulation such as persons, property, family law, succession, labour law, contracts, liability, procedure, sovereign immunity, recognition and enforcement of foreign court and other decisions.

ПЕРВЫЙ ВЕНГЕРСКИЙ КОДЕКС МЕЖДУНАРОДНОГО ЧАСТНОГО ПРАВА

Проф. ФЕРЕНЦ МАДЛ

Сводка

Первого июля 1979-ого года первый венгерский кодекс международного частного права вступил в силу.

Первая часть учения занимается процессом правового урегулирования этой области права. Вторая часть показывает систему кодекса. Третья часть сперва занимается главными основами и принципами кодекса (квалификация, обратная отсылка, неприменение иностранного права и так дальше).

После этого автор излагает — главные — так называемые темы особенной части урегулирования, например лица, право собственности, семейное право, наследственное право, трудовое право, договоры, ответственность, порядок, иммунитет государства, признание и принудительное исполнение иностранных судебных и иных решений.